

DIE GRÜNEN
Programm zur Kommunalwahl in München 2002

Präambel

Urbanität und Ökologie verbinden 2

A München - lebenswert und nachhaltig

1. Stadtplanung und Stadtentwicklung – *kompakt, urban, grün* 4
2. Wohnen – ökologischen, familiengerechten und bezahlbaren Wohnraum schaffen 5
3. Finanzen – keine Finanzpolitik auf Kosten späterer Generationen 7
4. Gesundheit: gesunde Ernährung und Verbraucherschutz – weniger ist mehr 7
5. Gesundheit: Gesundheitsrisiko Mobilfunk? 8
6. Ökologische Modernisierung – langfristiges statt kurzfristiges Denken 9
7. Verkehr – München intelligent in Bewegung setzen 11
8. Energie – Atomenergie hat keine Zukunft 13
9. Wirtschaft – nachhaltige Wirtschaftspolitik 14

B München - solidarisch und engagiert

1. Kinder und Familien: Kinder sind unsere Zukunft – auch in München 16
2. Bürgergesellschaft und Solidarität – Bürgerstadt München..... 17
3. Gesundheit – präventiv, beratend, patientenorientiert 18
4. Soziales – wir bekämpfen die Armut, nicht die Armen 20
5. Sicherheit – ... und Liberalität in einer Großstadt sind keine Gegensätze 22

C München - weltoffen und selbstbestimmt

1. Kultur – ... und Kunst als Lebenselixier einer demokratischen Stadtgesellschaft 23
2. Neue Medien – kompetente Nutzung für alle 24
3. Lesben und Schwule – andersherum leben in München 25
4. Schule und Bildung – innovativ, gerecht, demokratisch 26
5. Jugend – Jugendpolitik mit Lust und Leidenschaft 27
6. Frauen – ohne uns geht nix in München 28
7. Multikulturelles München – Migration und Gleichberechtigung 30
8. Rechtsextremismus – Rechtsextremisten bekommen in München keinen Stiefel auf den Boden 31
9. München in der *Einen Welt* – globale Zusammenhänge erkennen 32

Urbanität und Ökologie verbinden

DIE GRÜNEN setzen sich für die aktive Gestaltung von Münchens Zukunft als lebenswerter Metropole ein.

März 2020: Fragen an die nicht allzu ferne Zukunft

Leben wir in einer Stadt voller Grün mit freien Flächen – oder verlaufen Grünzüge nur noch als schmale Schneisen zwischen gesichtslosen Neubauten? Haben sich neue intelligente Formen von Mobilität entwickelt – oder droht München an Abgasen und Asphalt zu ersticken? Ist es gelungen, eine Stadtgesellschaft zu verwirklichen, an der alle teilhaben – oder hat sich die Stadt gespalten in Gewinner und Verlierer? Ist München eine kinderfreundliche Stadt – oder sind Familien mit Kindern noch seltener geworden als damals im Jahr 2002? Ist Wohnen wieder bezahlbar geworden? Konnte München zur Heimat für die steigende Zahl von MigrantInnen werden und die Möglichkeiten von Vielfalt und Internationalität für sich nutzen – oder gibt es Ausgrenzung und Ghettoisierung?

März 2002

Die Boomstadt München ist einer der zentralen Standorte für Hightech-Betriebe und gilt zu Recht als die attraktivste Großstadt Deutschlands – nicht zuletzt aufgrund von Kultur und Natur, Isar und Kammerspielen, Englischem Garten und Philharmonikern.

Und gerade deswegen ist München in Gefahr, von seinem eigenen Erfolg überrollt zu werden. Seit 1990 wurden mehr als 65.000 Wohnungen gebaut, dennoch ist die Lage auf dem Wohnungsmarkt bedrückend. Immer mehr Familien mit Kindern benötigen Hilfe; die Obdachlosigkeit nimmt zu.

Die Großstadt München ist Vorreiter beschleunigter Entwicklungen im Zeitalter der Globalisierung. Wir GRÜNE stellen uns der Herausforderung des 21. Jahrhunderts: Wir wollen technischen Fortschritt und wirtschaftliche Dynamik mit ökologischer Vernunft verbinden und soziale Verantwortung, Ökologie und Urbanität zusammenfügen.

Wer nicht bereit ist, Visionen von einem München der Zukunft zu entwickeln und politische Rahmenbedingungen für eine ökologische Modernisierung zu schaffen, wer also die Stadt allein dem Selbstlauf der globalen Märkte überlässt, gefährdet die Zukunft Münchens als lebenswerter Stadt für alle BürgerInnen. Es geht nicht darum, den Prozess der Modernisierung zu stoppen oder gar rückgängig zu machen.

- **Wir wollen die Modernisierung gestalten, wir geben ihr eine Richtung - eine GRÜNE.**

A München – lebenswert und nachhaltig

„Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“ – dieser Satz gilt heute wie zur Zeit der Gründung der GRÜNEN. Der Gegenwartsbesessenheit und Zukunftsvergessenheit technokratischer Politik setzen wir GRÜNE die Verantwortung für künftige Generationen entgegen.

Für uns steht nicht das rein quantitative Wachstum im Vordergrund, sondern Lebensqualität und Nachhaltigkeit – das verstehen wir unter ökologischer Modernisierung. Es geht um jene Dinge, die für das Wohlergehen der Menschen von entscheidender Bedeutung sind. Dazu gehören eine saubere Umwelt, gesunde Lebensmittel, eine intelligente Verkehrspolitik und Stadtplanung, Grünflächen und Erholungsgebiete sowie die Qualität des Wohnangebots. Unsere Projekte sind dabei z.B. die Renaturierung der Isar, Qualitätsverbesserungen im öffentlichen Nahverkehr, der Ausbau des Radwegenetzes, die Gestaltung von Plätzen als urbane Treffpunkte, eine Offensive für Verbraucherschutz und gesunde Ernährung, Schaffung und Förderung bezahlbaren Wohnraums sowie die Erhaltung eines Stadtklimas, in dem sich alle sicher fühlen können.

Großstädte werden ihre Eigenheiten und ihr eigenes Gesicht nur dann bewahren können, wenn sie sich unter den Leitbildern der Ökologie und der Nachhaltigkeit weiter entwickeln. Nachhaltigkeit heißt Gerechtigkeit zwischen heute *und* morgen und Lebensqualität für heute *und* morgen. Das betrifft nicht nur den Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen; auch Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Finanzpolitik dürfen nicht

die Möglichkeiten der künftigen Generation beschneiden. Zukunftsfähig ist München nur dann, wenn wir Heutigen der Nachwelt nicht eine verschmutzte Umwelt, Berge von Müll, hohe Verschuldung und eine zugebaute Stadt überlassen.

- **Lebenswert und nachhaltig bedeutet für DIE GRÜNEN, Verantwortung für Gegenwart und Zukunft zu übernehmen.**

B München – solidarisch und engagiert

DIE GRÜNEN stehen für eine Politik, die München als solidarische Großstadt erhält und sich der Entstehung einer Zweidrittelgesellschaft entgegenstellt. Das München von morgen muss eine Stadt sein, an deren Gestaltung *alle* hier Lebenden mitwirken.

Wir wollen gegenüber der Eigendynamik wirtschaftlicher Veränderungsprozesse politische Gestaltungskraft zurückgewinnen. Die kommunale Verwaltung muss sich in Richtung mehr Bürgernähe, mehr Service, mehr Bürgerbeteiligung reformieren.

Sozialpolitik erschöpft sich nicht im Betreuungsaspekt. Statt die Probleme *für* die BürgerInnen zu lösen, muss die öffentliche Hand sie gemeinsam *mit* den BürgerInnen lösen. Wir wollen möglichst allen dazu verhelfen, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können, aus Abhängigkeit und Passivität herauszukommen. Aktivierung und Hilfe zur Selbsthilfe stehen für uns im Vordergrund. Wir setzen uns für hohe Standards im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Wir machen Drogenpolitik nicht *gegen* die Abhängigen, sondern *für* und *mit* den Abhängigen: Hilfe statt Strafe.

Um angesichts der Tendenzen von Individualisierung und Pluralisierung die Stadtgesellschaft vor dem Auseinanderfallen zu bewahren, setzen sich DIE GRÜNEN für solidarische Netzwerke vor Ort ein, die diese Entwicklung auffangen können und die von unten Solidarität und Zusammengehörigkeit stiften.

München ist zur Hauptstadt der Singles geworden. Wir wollen verhindern, dass Familien mit Kindern in München auf die rote Liste der vom Aussterben bedrohten Arten gesetzt werden müssen. Familien mit Kindern brauchen bezahlbaren Wohnraum und genügend Angebote zur Kinderbetreuung; ihre Interessen und ihre Mitsprache müssen bei der Stadtgestaltung entscheidend sein. Wir wollen in München ein insgesamt kinderfreundliches Umfeld schaffen.

- **Solidarisch und engagiert bedeutet für DIE GRÜNEN: Wir setzen auf sozial und politisch engagierte BürgerInnen, die aktiv mitgestalten – im eigenen Interesse und solidarisch für andere.**

C München – weltoffen und selbstbestimmt

Internationalität, Offenheit für das Neue, die Vielfalt von Kulturen und Lebensformen – das sind die Kennzeichen moderner Urbanität. Ein weltoffenes München muss sich den neuen Entwicklungen stellen und Kreativität fördern – in der Kultur, der Bildung und im Umgang mit den Neuen Medien.

Alle Menschen sollen in ihren verschiedenen Lebenssituationen, mit ihren unterschiedlichen Lebensentwürfen die Möglichkeit haben, ohne Anpassungsdruck und Rollenfestlegung ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Wir wehren uns gegen eine überkommene Politik, die letztlich immer den deutschen, erwachsenen, heterosexuellen Mann als Maß aller Dinge ansieht. Politik muss den verschiedenen Lebensentwürfen und Lebenslagen gerecht werden. Geschlecht, Alter, sexuelle Orientierung und ethnische Herkunft machen eine komplexe Verschiedenheit aus, die die Politik berücksichtigen muss. GRÜNE Politik ist insbesondere Gleichstellungspolitik; wir machen Politik für Frauen, von Frauen, aus der Perspektive von Frauen.

Zur kulturellen Vielfalt einer Stadtgesellschaft trägt vor allem die Einwanderung bei. Wir stehen dafür, dass alle Menschen nach einer bestimmten Zeit die gleichen sozialen, politischen und kulturellen Rechte haben sollen. Wir leben zwar in multikulturellen Zusammenhängen, aber die multikulturelle Demokratie kommt nicht von alleine. Das gleichberechtigte Nebeneinander unterschiedlichster Lebensstile, Lebensentwürfe und Subkulturen ist eine Bereicherung für München. Wir sehen jedoch die Gefahr des Zerfalls in unterschiedlichste Kulturen und die Ängste, die das Zusammenleben in einer heterogenen Millionenstadt hervorrufen kann. Statt einzelne Gruppen herauszugreifen und zu stigmatisieren, setzen wir uns immer für liberale Lösungen ein: Soziale Präventionsarbeit, interkultureller Diskurs und aktives Eintreten für Minderheiten sind für uns Eckpfeiler beim Erhalt einer liberalen Stadtgesellschaft.

- ***Weltoffen und selbstbestimmt bedeutet für DIE GRÜNEN, unterschiedlichste Lebensentwürfe ohne Druck gestalten und leben zu können.***

☞ **DIE GRÜNEN**

regieren seit 1990 in München mit. Wir haben vieles erreicht für eine ökologische und soziale Modernisierung der Stadt. Wir haben eine Vision für ein München des 21. Jahrhunderts: lebenswert und nachhaltig, solidarisch und engagiert, weltoffen und tolerant. Nur mit einer starken GRÜNEN Fraktion im neuen Stadtrat wird es möglich sein, die ökologische und soziale Modernisierung konsequent fortzuführen.

A München - lebenswert und nachhaltig

1. Stadtplanung und Stadtentwicklung - kompakt, urban, grün

Kompakt, urban und grün ist die Zielsetzung des Stadtentwicklungsplans *Perspektive München*. DIE GRÜNEN werden sich auch in Zukunft weiter dafür einsetzen.

Kompakt heißt,

dass wir dicht bauen wollen – nach den Vorbildern von Schwabing und Haidhausen: Nur eine dichte Bauweise ermöglicht nachhaltige Stadtentwicklung: Dabei müssen öffentliche Mittel für die Infrastruktur effizient eingesetzt sowie die Lebensbereiche für die Einzelnen sinnvoll koordiniert werden – in einer Stadt der kurzen Wege, in der man viel zu Fuß erreichen kann. Wir wollen reine Autoverkehrsflächen reduzieren zugunsten von Mischflächen, Freiräumen und Aufenthaltsbereichen. Wir streben eine *intelligente Dichte* an, das heißt Bauen mit hohen gestalterischen Maßstäben. In qualitätsvollen Siedlungsgebieten am Stadtrand ist das Maß der baulichen Verdichtung im Sinne der Gartenstadtsatzung zu begrenzen.

☞ **DIE GRÜNEN**

wollen die kompakte Stadt auch durch Mehrfachnutzungen erreichen: So sollen z. B. Schul- und Behördenhöfe in dicht bebauten Gebieten für die Allgemeinheit zugänglich sein (wie beim Hof des Baureferates bereits realisiert). Für Gewerbe soll vorrangig auf das große Potenzial der vorhandenen, vielfach untergenutzten Industrie- und Gewerbeflächen zurückgegriffen werden.

Urban bedeutet

Mischung und Vielfalt von Lebensbereichen und Menschen in den Wohngebieten. Urbanität sorgt für Anregung und Toleranz in der Stadtgesellschaft. Das Leben in der Stadt soll auch für untere und mittlere Einkommensschichten möglich sein (s. 2.) Begegnung braucht Platz.

☞ **DIE GRÜNEN**

- haben das Ziel, Kommunikationsräume in Form von Quartiers- und Stadtteilplätzen zu schaffen;
- können u. a. mit dem Hans-Mielich-Platz und dem Dreimühlenplatz erste Erfolge vorweisen;
- streben als Projekte der Zukunft z.B. die Umgestaltung von Harras und Baldeplatz an;
- wollen bei der Schaffung von Kommunikationsräumen, dass auch die Kleinen nicht zu kurz kommen. Der Spielflächenversorgungsplan zeigt die Defizite differenziert nach Altersgruppen auf. Auf dieser Grundlage setzen wir uns dafür ein, dass Spielflächen schnellstmöglich ausgebaut werden.

Grün heißt:

Gerade die kompakte Stadt bedarf des Ausgleichs an Erholungsflächen in der Nähe. Denn was wäre Schwabing ohne den Englischen Garten?

☞ DIE GRÜNEN

- wollen München mit Grünzügen weiter und besser vernetzen, um Naturoasen in der Stadt zu sichern und RadfahrerInnen und FußgängerInnen ein attraktives Wegesystem im Grünen anbieten zu können;
- setzen sich dafür ein, das Programm zur Entsiegelung von befestigten Flächen verstärkt fortzusetzen. Die Realisierung von in der Planung befindlichen, großräumigen Grünzügen wie auch kleinteiligen grünen Quartiersverbindungen soll vorangetrieben und fertig gestellt werden. Die Straßenräume als größter Anteil von Freiflächen sollen verstärkt mit Alleebäumen begrünt und ökologisch aufgewertet werden. Freiflächen sollen nicht immer bis ins Letzte durchgestylt sein, sondern auch „wilde“ Bereiche enthalten, die sich die Natur sowie Kinder und Jugendliche gleichermaßen aneignen und verändern können.

Stadtgestalt – die gebaute Stadt als kultureller Raum

Das Stadtbild Münchens ist geprägt von ablesbarer Stadtgeschichte, einer vielfach gelungenen und im besten Sinne konservativen Maßstäblichkeit. Das finden viele langweilig, lohnt aber eine behutsame Weiterentwicklung. Architektur, die diese Maßstäbe sprengt, muss sich daher durch herausgehobene Bedeutung und hohe Gestaltungsqualität legitimieren. Das trifft insbesondere auf Hochhäuser zu: Weit profilübertreffende Gebäude müssen an einem angemessenen Standort, mit bester öffentlicher Verkehrserschließung und mit öffentlichen Nutzungen von Wert ausgestattet sein. Bedeutungslose Investoren-Stapelware, die das Auge beleidigt und absehbar zur weithin sichtbaren Investitionsruine verkommt, lehnen wir ab. Gestaltungsmaßstäbe für Bauen und Stadtentwicklung sollen weiterhin große Bedeutung behalten. Es sind Wege zu suchen, wie diese Maßstäbe mit größerer Verbindlichkeit als bisher (s. Beratergruppe Riem) durchgesetzt werden können, um die architektonische Qualität vor allem im Wohnungsneubau zu heben.

Bei der Erreichung dieser Zielsetzung sind uns zwei Aspekte besonders wichtig:

- Partizipation der Betroffenen und
- Kooperation mit dem Umland (statt Planungsanarchie):

Die Bürger, Gewerbetreibenden und Bezirksausschüsse sollen ernst genommen und frühzeitig an allen Planungen beteiligt werden. Ein Beispiel für gelungene Bürgerbeteiligung ist für uns die *Perspektivenwerkstatt* Freimann. Sie könnte ein Vorbild für alle Stadtviertel sein.

Die Gemeinden des Umlands müssen mit allen Mitteln dafür gewonnen werden, eine Entwicklung voranzutreiben, die sich nicht am Auto, sondern an öffentlichen Verkehrsmitteln orientiert, und die die regionalen Grünzüge bewahrt. *Kompakt, urban* und *grün* soll auch im Umland realisiert werden – für eine nachhaltige Region München.

☞ DIE GRÜNEN

- wollen die Gestaltungschancen nutzen: München boomt. Selten ist die Verhandlungsposition der Stadt gegenüber Investoren so gut wie jetzt. Wir wollen diese Chance nutzen, um ökologisch und wirtschaftlich tragfähige und effiziente Strukturen zu bauen, die auch in schlechteren Zeiten Bestand haben: Die attraktive Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel, ökologisches Bauen, ausreichende soziale und kulturelle Infrastruktur und weniger Platz fressender Autoverkehr sind u.a. Kennzeichen nachhaltigen Bauens.

2. Wohnen

- ökologischen, familiengerechten und bezahlbaren Wohnraum schaffen

Wer in München wohnen will, muss es sich leisten können. Münchener Wohnungen sind die teuersten der Republik geworden. Und dennoch drängen aufgrund des Booms der Münchner Wirtschaft immer mehr Menschen wegen einer Arbeitsstelle nach München. Gleichzeitig wächst auch der individuelle Wohnflächenverbrauch. Der Bestand an preiswerten Wohnungen in München ist innerhalb von 5 Jahren von 41% auf 28% gesunken – durch Luxusmodernisierung, Abriss und Neubausanierung, Umwandlung von Miet- in Eigen-

tumswohnungen und durch das Auslaufen Zigtausender Belegrechtsbindungen (ehemalige Sozialwohnungen).

Besonders betroffen von der Wohnungssituation sind Familien mit Kindern, einkommensschwache Haushalte sowie Erwerbs- und Wohnungslose, die keinen bezahlbaren Wohnraum mehr finden. Wer auf der nach oben offenen Mietskala nicht mithalten kann, wird aus München vertrieben.

Seit vielen Jahren hat die rot-grüne Rathausmehrheit diese Entwicklung vorhergesehen und versucht, mit städtisch unterstützten Wohnungsbauprogrammen und Baurechtsausweisungen gegenzusteuern. Auf Münchner Grundstücken wurden in den letzten vier Jahren knapp 21.000 Wohnungen gebaut, davon rund 21 % (4.500 Wohneinheiten) im sozialen Wohnungsbau, 3 % (ca. 600 Wohneinheiten) im sog. *München Modell* (Eigentumsförderung für Durchschnittsverdiener) und ca. 71% frei finanzierte Wohnungen. Die Stadt investierte DM 266 Millionen in Grundstücke für ca. 2.600 Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus und des *München Modells*. Große Neubaugebiete sind entstanden (Messestadt Riem), weitere sind in Planung (Theresienhöhe, Hauptbahnhof-Laim-Pasing, Waldmann-Stetten-Kaserne und andere Kasernengelände).

Nicht genug. Um langfristig bezahlbare Wohnungen zu schaffen und Familien mit Kindern in der Stadt zu halten, sind nachhaltige GRÜNE Konzepte gefragt. Eine grüne Wohnungspolitik setzt nicht nur auf den kommunalen und sozialen Wohnungsbau oder auf die Förderung von Eigentum für Familien. Eine grüne Wohnungspolitik setzt daneben auf ein Zusammenspiel von sozialen Maßnahmen, ökologischen Standards, Beteiligungen an Planungsprozessen und Maßnahmen zur Erhaltung und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum im Altbestand.

☞ DIE GRÜNEN setzen sich ein für

- ein kommunales Förderprogramm zum verstärkten Bau von Miet- und Genossenschaftswohnungen; nur Genossenschaften bieten die Kombination von gezielter Mitarbeit der BewohnerInnen und dauerhaftem Erhalt kostengünstigen Wohnraums;
- eine Fortsetzung und Erweiterung des sehr erfolgreichen *München Modells* als Eigentumsmaßnahme für Familien – mindestens 1.700 jährlich geförderte und gebaute Wohneinheiten ab 2002;
- dauerhaft kostengünstigen Wohnraum durch ein Modell des sozialen und kommunalen Wohnungsbaus, das möglichst dauerhafte Belegungsbindungen anstrebt. Dafür stellt die Stadt für Grundstücke und Mietwohnungsbebauung günstige Darlehen zur Verfügung. Je länger die Belegungsbindung ist, umso günstiger werden nach diesem Modell die Konditionen für Zins und Tilgung. Darlehensrückflüsse fließen in einen städtischen Fond, aus dem dann weitere preisgünstige Neubauten erstellt werden. Durch lange Belegungszeiten bleiben Wohnungen also langfristig preiswert und es entstehen weitere günstige Wohnungen;
- ein präventiv wirksames Hilfesystem zur dauerhaften Wohnungsversorgung wohnungsloser Haushalte: für von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen soll es personell gut ausgestattete Einrichtungen geben, die Wohnperspektiven und ausreichend preisgünstigen Wohnraum für akut Wohnungslose abklären;
- eine stärkere Bürgeraktivierung sowie die echte Planungsbeteiligung der BürgerInnen. Dies wird bereits erfolgreich im gemeinwesenorientierten Aktionsprogramm *Soziale Stadt* in den Sanierungsgebieten Milbertshofen und Hasenberg und im Beteiligungsprojekt *Messestadt Riem: Dialog* praktiziert;
- ein verstärktes Engagement der Wirtschaft: Wer hoch qualifizierte Arbeitskräfte nach München holt, muss auch für deren anspruchsvollen Wohnraum sorgen, z.B. durch Mittel für ein kommunales Wohnungsbauprogramm. Im Gegenzug können die Firmen das Recht auf entsprechende Belegungsquoten (mit der Möglichkeit zur Ablösung) für ihre Belegschaft erwerben;
- ökologische Ausstattung von Alt- und Neubau. Maßnahmen zur Wärmedämmung, Blockheizkraftwerke, Regenwassernutzungsanlagen, Solardächer.usw. senken die so genannte Zweitmiete (Heiz- und Betriebskosten) erheblich. Dazu muss die Energiesparverordnung, die den Niedrigenergie-Haus-Standard (7-Liter-Haus) verbindlich fest schreibt, in München sofort umgesetzt werden. Für den Bestand bzw. den Altbau gilt dann: Heizungen, die älter als 25 Jahre sind, und sehr schlecht gedämmte Gebäude müssen – erstmals – nachgerüstet werden. Ergänzend wollen wir das Energiesparförderprogramm um den Bereich Ökobau und Wasser erweitern;
- Förderung von Altbestand durch Gewährung von zinsgünstigen Darlehen für interessierte Vermieter. Im Gegenzug erhält die Stadt Belegungsrechte (zeitlich begrenzt) oder die Miete unterliegt einer besonderen Bindung.

Einschließlich der Grundstückssubventionen wird München für die Förderung des Wohnungsbaus rund DM 250 Millionen jährlich zur Verfügung stellen müssen. Da Wohnen ein unveräußerliches Menschenrecht ist, hat dieses politische Engagement für uns höchste Priorität.

3. Finanzen

- keine Finanzpolitik auf Kosten späterer Generationen

Die kommunale Finanzpolitik muss sicherstellen, dass die notwendigen kommunalen Leistungen für die BürgerInnen finanziert werden können. Die Stadt muss sich aber auch der Verantwortung für die kommenden Generationen bewusst sein. Die Finanzierung des jetzigen Lebensstandards darf nicht ohne Rücksicht auf etwaige Belastungen für zukünftige Generationen erfolgen.

Münchens Schuldenstand beläuft sich auf rund DM 4,1 Mrd. Es muss auch in Zukunft das Ziel sein, diesen Schuldenberg im Griff zu haben und zu reduzieren, weil nur so kommunale Handlungsspielräume gewonnen werden können. Ein Blick auf den Schuldenstand zeigt: Zwischen 2001 und 2005 wird die Stadt München allein rund DM 250 Millionen jährlich an Zinsen zahlen müssen.

Die Tatsache, dass in den letzten Jahren die Gewerbesteuereinnahmen höher als erwartet ausgefallen sind, schafft zurzeit Spielräume für dringende Investitionen, ändert aber grundsätzlich nichts an der Notwendigkeit, den Haushalt zu konsolidieren. Unter der GRÜNEN Mitwirkung sind in den letzten Jahren erkennbare Erfolge erzielt worden. Der Schuldenstand der Stadt konnte von 1996 bis 2000 um rund DM 500 Millionen reduziert werden. Im Jahr 2001 sieht die Lage allerdings nicht mehr so rosig aus.

Gewerbsteuer – die entscheidende Quelle

Eine entscheidende Einnahmequelle der Kommunen ist die Gewerbsteuer, die aus Sicht der GRÜNEN in jedem Fall erhalten bleiben muss. Für die Stadt München ist sie unverzichtbar. Deshalb wenden wir uns gegen Bestrebungen, die Gewerbsteuer insgesamt abzuschaffen.

Dass die Gewerbsteuer im Wesentlichen von mittelständischen Firmen erbracht wird, ist auf Dauer nicht akzeptabel. Die Möglichkeiten von weltweit agierenden Firmen, ihre Gewerbsteuerzahlungen auf null zu reduzieren, muss auf den Prüfstand gestellt werden – auch um mehr Gerechtigkeit zwischen den Firmen zu erreichen.

Stadt - Region - Land

Im Verhältnis von Stadt und Umland bedarf es einer Reform des finanziellen Ausgleichs. Zahlreiche Münchner Einrichtungen – von der sozialen Infrastruktur bis hin zu Kultureinrichtungen wie Theater und Tierpark – werden von den BürgerInnen der Umlandgemeinden mitgenutzt. Wir fordern einen fairen Finanzausgleich zwischen München und den Umlandgemeinden.

In den letzten Jahren haben die Kommunen immer neue Aufgaben erhalten, ohne die dafür notwendigen Gelder zu bekommen. Allein die vom Freistaat immer wieder eingeforderte Ausstattung der Schulen mit Informations- und Kommunikationstechnologie kostet die Stadt DM 200 Millionen. Der Beitrag des Freistaats beträgt bayernweit gerade mal DM 60 Millionen.

☞ DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein,

- dass die finanziellen Lasten gerecht zwischen Kommunen, Land und Bund aufgeteilt wird – eine Sanierung des Staatshaushalts zu Lasten der Kommunen darf es nicht geben.

4. Gesundheit

gesunde Ernährung und Verbraucherschutz - weniger ist mehr

Die hoch subventionierte europäische Agrarpolitik der vergangenen Jahrzehnte hat eine Entwicklung genommen, die jetzt für alle sichtbar zu einer Krise (BSE, MKS) geführt hat.

Dies ist aber gleichzeitig eine historische Chance, die dringend notwendige Wende in der Agrarpolitik einzuleiten, für welche DIE GRÜNEN seit Jahrzehnten stehen. Dazu gehört an erster Stelle eine andere Subventionspolitik, die statt Masse Qualität fördert. In der Region muss das Verhältnis von Weideflächen und Vieh wieder in einem gesunden Verhältnis stehen, so dass gewährleistet ist, dass unsere Kühe wirklich nur Wasser und Gras fressen und eine artgerechte Tierhaltung wieder möglich wird.

Der Wert unserer Lebensmittel muss neu definiert werden: Gesunde und hochwertige Lebensmittel – weniger Fleisch – müssen zum neuen Ernährungsleitbild für VerbraucherInnen und Nahrungsmittelindustrie werden. Der ökologische Landbau ist voranzutreiben und mittelfristig auf mindestens 20 % der gesamten landwirtschaftlichen Produktion auszubauen. Damit wird dem starken Interesse an qualitativ hochwertiger Nahrung aus biologischem Anbau Rechnung getragen. Der Umschwung in der Mentalität der Verbraucher muss sich auch in der landwirtschaftlichen Produktion niederschlagen – weniger ist mehr.

☞ DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass auch eine Stadt wie München die Wende in der Agrarpolitik so weit wie möglich vorantreibt. Dazu gehört:

- der ökologische Landbau auf den eigenen städtischen Gütern;
- die artgerechte Tierhaltung auf den eigenen städtischen Gütern;
- ökologische Auflagen bei der Verpachtung städtischer Grundstücke an Landwirte;
- Kost aus kontrolliert ökologischem Anbau in allen städtischen Einrichtungen, vor allem in den Kinderbetreuungseinrichtungen und Krankenhäusern, aber auch in den Kantinen und bei städtischen Empfängen;
- die weitere Förderung der regionalen Vermarktung durch Bauernmärkte, Abokisten etc.;
- die Bündelung aller Kompetenzen des vorsorgenden gesundheitlichen Verbraucherschutzes im Referat für Gesundheit und Umwelt. Durch diese Ergänzung zum Angebot der Verbraucherzentrale haben die VerbraucherInnen einen kompetenten Ansprechpartner in allen Fragen des vorsorgenden gesundheitlichen Verbraucherschutzes bei der Stadt München;
- ein Beratungsangebot im Verbraucherschutz zum Thema Ernährung und Gesundheit, das über die klassische Ernährungsberatung hinausgeht und auch andere Ernährungsformen (makrobiotisch, vegetarisch, vegan etc.) einbezieht.

5. Gesundheit - Gesundheitsrisiko Mobilfunk?

Trotz der Gefahren für Gesundheit und Umwelt können wir GRÜNEN als moderne und fortschrittliche Partei das Mobiltelefon nicht mehr ignorieren. Immer mehr Menschen, auch viele GRÜNE, nutzen das Handy im Alltag und schätzen die Vorteile der mobilen Erreichbarkeit. Allerdings dürfen wir dabei nicht die Risiken und Gefahren der raschen Verbreitung und Entwicklung des Mobilfunkes übersehen.

In den vergangenen Jahren wurden mit D- und E-Netz und den schnurlosen DECT-Telefonen neue Mobilfunkgenerationen eingeführt, die von vielen Wissenschaftlern und Ärzten als besonders risikoreich angesehen werden. Sendeanlagen wurden mitten in Wohngebiete und in unmittelbarer Nähe von sensiblen Bereichen wie Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser installiert. Dabei wurde weder Rücksicht auf mögliche gesundheitliche Folgeerscheinungen genommen noch wurden die Betroffenen informiert. Zeitgleich häuften sich die Klagen über gesundheitliche Beschwerden. Aus Angst vor Gesundheitsschäden gründeten sich bundesweit zahlreiche Bürgerinitiativen. Auch in München wehren sich immer mehr Personen gegen die unerwünschte Dauerbestrahlung.

aktuelle Studien

Unterstützung erhalten die Mobilfunkkritiker durch zwei aktuelle Studien. Diese umfangreichen wissenschaftlichen Arbeiten widersprechen der These vom „ungefährlichen Mobilfunk“ und beklagen vielfältige negative Einflüsse durch die gepulste Mobilfunkstrahlung auf den menschlichen und tierischen Organismus. Die Studie *Mobilfunk und Gesundheit* vom ECOLOG-Institut im Auftrag der Deutschen Telekom (!) kommt zu dem Ergebnis, dass schädliche Einflüsse auf das zentrale Nervensystem, das Immunsystem und die Erbsubstanz auch unterhalb der heutigen Grenzwerte als gesichert gelten; auch wird die Krebsentwicklung begünstigt. Die so genannte „Rinderstudie“ im Auftrag der Bayerischen Staatsregierung (!), erstellt von der Justus-Liebig-Universität in Gießen und der Ludwig-Maximilian-Universität in München, attestiert zahlreiche Verhaltensänderungen und Gesundheitsstörungen bei den Versuchstieren durch den Einfluss elektromagnetischer Wellen.

vorbeugender Schutz

DIE GRÜNEN nehmen die Sorgen der Bevölkerung und die aktuellen wissenschaftlichen Untersuchungsergebnisse sehr ernst und setzen sich für vorbeugenden Gesundheits- und Verbraucherschutz ein. Auch wenn sich die Wissenschaft noch über die gesundheitlichen Auswirkungen streitet und die aktuellen Grenzwerte unterschritten werden, dürfen wir als politisch Verantwortliche nach den alarmierenden Rückmeldungen aus der Gesellschaft nicht die Hände in den Schoß legen, sondern sind zum Handeln verpflichtet. Zu häufig mussten in der Vergangenheit Grenzwerte deutlich nach unten korrigiert, zu viele Produkte aufgrund ihrer eindeutig schädigenden Wirkung auf Mensch und Natur wieder vom Markt genommen werden – nicht selten gegen langjährigen Widerstand von Wissenschaft, Industrie und Politik.

Die Grenzwerte für elektromagnetische Wellen orientieren sich bislang nur an der thermischen Wirkung, also der Erwärmung des Körpers. Diese Grenzwerte müssen drastisch nach unten korrigiert werden und auch so genannte nicht-thermische biologische Wirkungen auf den Organismus berücksichtigen.

demokratische Bürgerbeteiligung

Die derzeitige Praxis beim flächendeckenden Aufbau der Mobilfunksendernetze ist ein beispiellos undemokratischer Prozess. Mobilfunksendeanlagen bis zu einer gewissen Höhe sind nicht genehmigungspflichtig und können auf jedem Hausdach installiert werden – ohne Rücksprache mit Hausbewohnern oder Nachbarn. Stadtrat und Stadtverwaltung haben hier kein Einspruchsrecht. Diese Vorgehensweise ist aufgrund des hohen öffentlichen Interesses nicht weiter hinnehmbar und bedarf dringend der Korrektur.

Die dynamische Entwicklung in der Nachrichtentechnik geht weiter. Ziel ist der Abbau des Telefonfestnetzes. Im Mobilfunksektor soll in Kürze mit UMTS ein weiterer Standard das heutige D- und E-Netz ergänzen, mit *blue tooth* soll die digitale kabellose Technik zur Verständigung verschiedener technischer Einrichtungen in Haushalt und Büro eingesetzt werden – alles ohne Risikoabschätzung, Information und demokratische Bürgerbeteiligung. Dieser Entwicklung wollen wir nicht tatenlos zusehen. Wir werden uns bei der Stadtverwaltung München (und beim Bundes- und Landesgesetzgeber) für die folgenden Forderungen einsetzen.

☞ DIE GRÜNEN fordern

- eine lückenlose und objektive Aufklärung der Bevölkerung über die gesundheitlichen Risiken. Die Aufklärung beginnt schon an den Schulen;
- eine generelle Genehmigungspflicht für sämtliche Sendeanlagen;
- eine demokratische Bürgerbeteiligung der betroffenen Bevölkerung;
- eine drastische Senkung der Grenzwerte nach dem Vorsorgeprinzip – dabei sind nicht-thermische biologische Wirkungen zu berücksichtigen;
- die Abkehr vom digital gepulsten Mobilfunk-Standard und den Einstieg in eine gesundheitsverträglichere Technik;
- eine umfangreiche Bewertung vorhandener Forschungsergebnisse – dabei sind kritische Studien zu berücksichtigen und deren Erkenntnisse nach dem Vorsorgeprinzip umzusetzen;
- Durchführung von Langzeitstudien zur Gesundheitsgefahr des Mobilfunks;
- den Rückbau von Sendeanlagen an besonders sensiblen Standorten;
- dass sich die Landeshauptstadt München über ihren Referenten für Gesundheit und Umwelt bei den kommunalen Spitzenverbänden sowie beim Bundesumweltministerium für Folgendes einsetzt:
Die für die Errichtung von Mobilfunkanlagen geltende Bundes-Immissionschutz-Verordnung wird noch in dieser Amtsperiode des Bundestages dahingehend geändert, dass die geltenden Grenzwerte mindestens auf das Niveau der Schweizer Vorsorgewerte (derzeit weltweit niedrigste Grenzwerte, deren Einhaltung auch kontrolliert wird) gesenkt werden und eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der kommunalen Verwaltungen vor Abschluss eines Vertrages zwischen Grundeigentümern und Mobilfunkbetreibern sichergestellt wird.

6. Ökologische Modernisierung - langfristiges statt kurzfristiges Denken

Der oft behauptete Zielkonflikt zwischen Ökologie und Ökonomie ist unserer Ansicht nach ein theoretisches Konstrukt, das in vielen Bereichen widerlegt werden kann: Ökologische Investitionen rechnen sich und be-

ben außerdem den Arbeitsmarkt. Nicht mehr Ökonomie und Ökologie stehen sich als unauflösbare Widersprüche gegenüber, sondern langfristiges Denken steht gegen kurzfristiges Denken. Das erfolgreiche Münchner Projekt *Ökoprofit*, an dem sich bereits zahlreiche Münchner Betriebe beteiligt haben, zeigt dies in vielen Bereichen exemplarisch auf (s. auch unter Punkt A 9).

Die ökologische Modernisierung auf kommunaler Ebene kann nicht mehr losgelöst von europäischen oder bundespolitischen Vorgaben vorangetrieben werden.

Ein Beispiel ist die drohende Liberalisierung im Trinkwasserbereich: München hat deutschlandweit die beste Trinkwasserqualität. Dieser Bereich soll jetzt den Liberalisierungsvorstellungen des Bundeswirtschaftsministeriums zum Opfer fallen. Die Münchner GRÜNEN sind jedoch der Ansicht, dass ein liberalisierter Markt (möglicherweise mit „preiswerterem“ Mischwasser ungewisser Herkunft im Versorgungsnetz) dort nichts verloren hat, wo es um die Erhaltung, Förderung und Pflege von regionalen bzw. ökologisch vorbildlichen Trinkwassersystemen geht. Die kommunale Grundversorgung mit gutem Trinkwasser hat Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen global agierender Versorgungskonzerne.

☞ DIE GRÜNEN fordern die Beibehaltung und Fortsetzung folgender Regelungen und Projekte:

- Münchner *Bündnis für Ökologie*
Erstmals sitzen in München Vertreter aus Wirtschaft, Verbänden, Kammern, Politik und Verwaltung an einem Tisch, um die ökologische Modernisierung in München voranzutreiben: Mit dem Münchner *Bündnis für Ökologie*, das von dem GRÜNEN Bürgermeister ins Leben gerufen wurde, ist ein Netzwerk entstanden, in dem alle relevanten gesellschaftlichen Akteure gemeinsam diskutieren und Projekte anstoßen.
- Mittlerweile sind fast alle städtischen Güter auf ökologischen Landbau umgestellt – und auch die restlichen werden folgen.
- Die Münchner Wälder sind ein vorbildliches Beispiel für naturnahe Waldbewirtschaftung. Das Holz wird ausschließlich in der Region verkauft.
- Im Rahmen des Entsiegelungsprogramms werden dort Bäume gepflanzt, wo früher Parkplätze waren.
- Die Renaturierung der Münchner Bäche geht weiter: Auf GRÜNE Initiative wurden der Auermühlbach und der Hachinger Bach/ Hüllgraben weiter renaturiert.
- Die Isarrenaturierung ist im vollem Gange. Verhandlungen des GRÜNEN Bürgermeisters mit Bad Tölz waren erfolgreich: Bad Tölz baut eine Kläranlage, so dass Baden in der Isar bald wieder möglich sein wird. Gleichzeitig wird die Verbesserung der Erholungsqualität des gesamten Isarraumes für die Münchner Bevölkerung von Süden her bis in die Innenstadt zügig fortgeführt. Darüber hinaus wird unter Beachtung des Hochwasserschutzes und einer Verbesserung der Wasserqualität eine landschaftsökologische Aufwertung der Würm und seiner angrenzender Auen in Angriff genommen.
- Mit dem ökologischen Ausgleichsflächenpool, der vor kurzem in München eingeführt wurde, können ökologische Eingriffe nachhaltiger ausgeglichen werden.
- Das Münchner Abfallkonzept mit dem Leitgedanken *vermeiden - vermindern - verwerten - umweltgerecht entsorgen*, das unter dem GRÜNEN Kommunalreferenten entworfen wurde, hat dazu geführt, dass sich die Restmüllmenge in ca. 10 Jahren halbiert hat.
- Mit dem Kriterienkatalog zum ökologischen Bauen ist München eine der wenigen Städte, die ein solches Instrument nutzen, um den Investoren, die ein städtisches Grundstück kaufen, Vorgaben zugunsten ökologischer Mindestauflagen beim Bauen und der Gestaltung der Freiflächen zu machen.

☞ DIE GRÜNEN **widersetzen sich**

- der Rodung des Bannwaldes für neue Gewerbeansiedlungen;
- der Liberalisierung des Trinkwassermarktes.

☞ DIE GRÜNEN **fordern perspektivisch**

- einen ökologischen Rahmenplan
Zu einer lebenswerten Stadt gehört eine intakte Natur. Die Münchner GRÜNEN stehen für eine durchgängige Versorgung der Stadt München mit Grünzügen, die nicht nur der Erholung der Münchner BürgerInnen dienen, sondern einen ökologisch bedeutsamen Lebensraum für Flora, Fauna und Vögel darstellen.
Die Münchner GRÜNEN haben sich deshalb dafür eingesetzt, dass auf städtischem Gebiet alle relevan-

ten Flächen unter die europäische *Flora-Fauna-Habitat*-Richtlinie fallen und damit zu besonders geschützten Gebieten werden. Für die im Stadtgebiet liegenden Flora-Fauna-Habitat-Gebiete und weitere besonders schutzwürdige Biotope (insbesondere die Niedermoorgebiete im Münchner Nordwesten) werden unter Einbeziehung der Umweltverbände Biotop-Mangement- und -Pflegepläne erstellt. Die dafür erforderlichen finanziellen Mittel werden im städtischen Haushalt bereitgestellt.

Bei Neubauten in der Stadt, bei Straßenbau und ähnlichen Projekten soll deshalb berücksichtigt werden, dass Grünzüge sinnvoll in das Stadtbild integriert werden.

7. Verkehr - München intelligent in Bewegung setzen

Mobilität ist längst zu einem Synonym für Freiheit geworden. DIE GRÜNEN als ökologische Partei fühlen sich dieser Freiheit in besonderer Weise verpflichtet: Wir setzen uns für die mobile Freiheit der MVV-KundInnen, FußgängerInnen, CarsharerInnen, RadfahrerInnen und RollstuhlfahrInnen ein. Auch AutofahrerInnen leiden unter dem starken Autoverkehr. Wir wollen Straßen für alle, wir wollen Mobilität neu entdecken, wir wollen integrierte und vernetzte Verkehrskonzepte von Haustür zu Haustür, wir wollen die Lebensqualität der MünchnerInnen durch einen Zugewinn an Raum und Ruhe fördern.

Mobil ohne Auto (Öffentlicher Personennahverkehr = ÖPNV)

Mehrere Hunderttausend Fahrgäste aus München und der Region benutzen täglich den Münchner Verkehrsverbund. Zehntausende fahren mit dem Fahrrad oder legen ihre täglichen Wege zu Fuß zurück. Die meisten von ihnen verzichten dabei bewusst auf das Auto und entlasten damit Straßen und Wohngebiete.

Wir wollen auch künftig die Voraussetzungen bieten, dass Mobilität ohne Auto stattfinden kann, und die Attraktivität umweltfreundlicher Multimobilität steigern.

DIE GRÜNEN streben an, die Verkehrswende zugunsten des Umweltverbundes aus ÖPNV, Rad und Fuß in München endlich einzuläuten und den Anteil des Autoverkehrs aus an der gesamten Verkehrsleistung von heute 68% bis 2010 auf 50% und bis 2020 auf 40% zu reduzieren. Wir werden ein entsprechendes *Mobilitätszenario München* in den künftigen Stadtrat einbringen, das dieses und weitere Ziele festschreibt.

Das Netz des öffentlichen Personennahverkehrs in München hat mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt nicht Schritt gehalten. Vor allem die S-Bahn und die tangentialen Verbindungen des ÖPNV müssen attraktiver werden.

Leider kommt es im **S-Bahn**-Bereich immer wieder zu den empfindlichsten Störungen. Wir setzen uns daher dafür ein, schnellstens eine zweite Stammstrecke zu realisieren, um den Betrieb störungsärmer zu gewährleisten und endlich auf allen Linien in den Hauptverkehrszeiten einen 10-Minuten-Takt anbieten zu können. Dabei favorisieren wir die Südring-Variante, da sie von der sternförmigen Anbindung weggeht und weitere Anbindungen von U-Bahnen an S-Bahnen ermöglicht.

Die **U-Bahn** in der Innenstadt war und ist ein großer Erfolg für München. In den Außenbereichen ist der Weiterbau in den meisten Fällen nur noch mit einem unverhältnismäßig hohen finanziellen Aufwand zu realisieren. Dies wird von uns abgelehnt. Künftige U-Bahn-Verlängerungen müssen durch neue Verknüpfungen im Schnellbahnsystem zusätzliches Fahrgastpotenzial erschließen und bedürfen eines eindeutig positiven Kosten-Nutzen-Verhältnisses.

Um die größeren Verkehrszunahmen in den nächsten Jahre im Münchner Umland zu bewältigen, bietet eine **Stadt-Umland-Bahn**, die sowohl auf Straßenbahn- als auch auf S-Bahn-Schienen verkehren kann, ein großes Potenzial für eine bessere ÖPNV-Erschließung des Umlandes. Deshalb werden wir uns vehement für sie einsetzen.

Die **Tram** in München ist heute ein unverzichtbarer Bestandteil des Münchner Nahverkehrsverbundes. Wir setzen uns für den weiteren Ausbau und Neubau wichtiger Tangentialverbindungen (West- und Nordtangente) ein, für die Erschließung der Neubaugebiete Neusser- und Domagkstraße, für die Verlängerung und Beschleunigung der Straßenbahn in Pasing bis zum Bahnhof sowie für die Verlängerung vom Gondrellplatz in die Blumenau.

Das heutige **Busangebot** wird bis zum Jahre 2004 vollständig überarbeitet und neu strukturiert. Wir werden uns für eine bedarfsgerechte und kundenorientierte Konzeption einsetzen. Dabei streben wir eine enge Zusammenarbeit mit den Verkehrsbetrieben der Stadtwerke und den Münchner Umwelt- und Verkehrsverbänden an.

Die Grenzen der Automobilität sind alltäglich in München sichtbar

Das Konzept der autogerechten Stadt hat sich längst als Irrweg erwiesen. Neue Straßen ziehen zusätzlichen Verkehr an und sind bald auch schon wieder überlastet. Daher lehnen wir den geplanten Bau weiterer Hauptverkehrsstraßen in bestehenden Grünzügen und Naherholungsgebieten entschieden ab – z.B. die Südanbindung Perlach, die Verlängerung der Ständlerstraße, die Nord-Ost-Verbindung und die Süd-Ost-Anbindung der Messe.

Der neue Verkehrsentwicklungsplan hat sich maßgeblich daran zu orientieren, dass die ab Mitte des Jahrzehnts geltenden EU-Grenzwerte zur Luftreinhaltung in allen Hauptverkehrsstraßen eingehalten werden können und vorsorgende Lärmschutzmaßnahmen in bestehenden Hauptverkehrsstraßen mit dichter Wohnbebauung oberste Priorität haben bzw. eine Verkehrsreduzierung auf der Basis gesundheitsverträglicher Lärmimmissionen angestrebt werden.

Anwohnerparkzonen können spürbar zur Reduzierung des Parksuchverkehrs in Wohnvierteln beitragen. Wir werden uns nach der geplanten Änderung der Straßenverkehrsordnung dafür einsetzen, dass Anwohnerparkzonen wieder verstärkt geschaffen werden.

Darüber hinaus fordern wir **autofreie Wohnzonen**. Die Stadt soll einschlägige Initiativen unterstützen und entsprechende Gebiete dafür ausweisen.

DIE GRÜNEN unterstützen Projekte des **Carsharings**. Carsharing spart Geld und schont die Nerven. Carsharing bietet eine attraktive Alternative für alle, die auf ein Auto nicht verzichten wollen. Wir fordern, dass die Stadt alle Carsharing-Initiativen administrativ und logistisch unterstützt und der MVV die Zusammenarbeit mit Carsharing-Unternehmen weiter vorantreibt.

Fuß- und Radverkehr erfüllen von allen Verkehrsarten am besten die Zielsetzung einer nachhaltigen Mobilität. Auf Initiative der GRÜNEN konnten die Bedingungen insbesondere für den Radverkehr in den vergangenen Jahren spürbar verbessert werden. In den letzten 10 Jahren wurden 55 km neue Radwege gebaut, wichtige Hauptrouten ausgeschildert und qualitativ aufgewertet sowie 13.000 Bike & Ride-Stellplätze an den Bahnhöfen des MVV neu geschaffen. Wir werden uns auch weiterhin für den beschleunigten Ausbau des Hauptroutennetzes, die Verknüpfung der Routen mit dem Umland, die Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr, die Sanierung maroder Radwegbeläge sowie attraktive und überdachte Abstellanlagen an Quell- und Zielorten einsetzen.

Um Radstrecken sicherer zu machen, fordern wir eine restriktive Ahndung des Radwegparkens und bauliche Maßnahmen, um aus Radwegen erkennbare Tabuzonen für AutofahrerInnen zu machen.

Wesentliche Maßnahmen für den Fußgängerverkehr sind in voller Breite begehbare Gehwege und komfortable Überquerungsmöglichkeiten von Straßen, Schienen und Wasserläufen. Hierzu zählen z.B. Fußgängerdurchlässe in Parkbuchten, Gehwegnasen, kurze Wartezeiten an Ampeln und gleichzeitig über alle Fahrbahnen freigeschaltete Fußgängerüberwege. Barrierefreier Zugang zu Grünflächen, attraktive urbane Freiräume und Plätze sowie motorfahrzeugfreie Räume steigern die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Straßenraum.

Mit **Kickboards, Skates** etc. etablieren sich neue Fortbewegungsmittel im öffentlichen Straßenraum. Die neuen Fortbewegungsmittel sind ein Teil der Freizeitmobilität und damit eine Alternative zum Auto. DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, diesen neuen Mobilitätstrend zu unterstützen – durch einen Skaterstadtplan, in dem alle für Skater gut befahrbaren Strecken eingezeichnet sind, und durch einen Modellversuch, wie die neuen Verkehrsteilnehmer in den Alltagsverkehr am besten integriert werden können.

☞ DIE GRÜNEN fordern

- ein *Mobilitätsszenario*, das individuelle Mobilität durch eng vernetzte Verkehrskonzepte ermöglicht und den Autoverkehrs bis zum Jahr 2010 auf 50% reduziert;
- die Einhaltung der EU-Grenzwerte zur Luftreinhaltung und vorsorgende Lärmschutzmaßnahmen;
- ein Mobilitätsmanagement
Information, Beratung und Marketing ökologischer Mobilität sollen in München im Rahmen eines integrierten Mobilitätsmanagement gefördert werden, durch
 - eine Mobilitätszentrale an prominenter Stelle im öffentlichen Raum,
 - eine virtuelle Mobilitätszentrale als Teil des neu geplanten *München-Portals* unter www.muenchen.de
 - und ein Förderprogramm für Mobilitätsberatung vor Ort bei Unternehmen, Zielgruppen und privaten Haushalten.

- Forschungs- und Kooperationsprojekte sollen stärker als bisher zur Durchsetzung ökologischer Verkehrspolitik genutzt werden. Ein eigener städtischer Koordinator für Forschungs- und Kooperationsprojekte soll künftig für ein effektives Projektmanagement, die Sicherung der städtischen Interessen und ökologischen Zielsetzungen sorgen. Er soll systematisch versuchen, Projekte zur Umsetzung städtischer Interessen zu initiieren.

☞ DIE GRÜNEN lehnen ab:

- das Hochgeschwindigkeits-Verkehrsmittel *Transrapid* zum Flughafen für ca. DM 3. Mrd. Um die Anbindung an den Flughafen zu verbessern, setzen wir uns für eine Express-S-Bahn in die Innenstadt und eine attraktive Anbindung der Messe über die vorhandene, aber bislang ungenutzte Truderinger Spange ein.

8. Energie

- Atomenergie hat keine Zukunft

DIE GRÜNEN treten dafür ein, energiesparende Techniken zu fördern und die Eigenenergieerzeugung auszubauen und dadurch die Atomenergie in München überflüssig zu machen. Dazu wollen wir alternative Potenziale bei der Energieversorgung erschließen. Die rot-grüne Bundesregierung hat mit dem Gesetz *erneuerbarer Energien* günstige Rahmenbedingungen für den Ausbau der regenerativen Energien geschaffen.

Ausbau der Fernwärmeversorgung

Mit dem geplanten Bau einer Gas- und Dampfturbine am Standort Süd wird der Anteil der Energie erhöht, die im effizienten und Ressourcen schonenden Kraft-Wärme-Kopplungsprozess erzeugt wird. Die Abhängigkeit von fremden Stromlieferanten verringert sich dadurch.

Vorrang für dezentrale Energiekonzepte

Bei Neubaugebieten, die nicht wirtschaftlich mit Fernwärme versorgt werden können, setzen DIE GRÜNEN auf dezentrale Energiekonzepte wie beispielsweise das solare Nahwärmekonzept am Ackermannbogen oder auf Blockheizkraftwerke.

Ausbau regenerativer Energien

Vor dem Hintergrund der zur Neige gehenden fossilen Energieträger müssen die regenerativen Energien künftig verstärkt genutzt werden. In München hat die Stadt auf Initiative der GRÜNEN beschlossen, den Anteil der regenerativen Energie bis 2010 zu verdoppeln. Dazu gehört beispielsweise die Erschließung der vorhandenen Wasserkraftpotenziale, die Versorgung des Stadtteiles Riem mit Geothermie, der Bau eines Biomasseheizkraftwerkes und die verstärkte Nutzung von Biogas.

Eine weitere wichtige Energiequelle ist die Windenergie, deren Potenzial in Bayern und im norddeutschen Küstenraum bei weitem noch nicht ausgeschöpft ist. Durch Beteiligung an Windkraftanlagen in windreichen Regionen könnte der Anteil an regenerativen Energien für München deutlich erhöht werden.

Zentrale Bausteine in der regenerativen Energieerzeugung sind Solarthermie und Fotovoltaik. In der Nutzung passiver Solarenergie steckt das größte Energieeinsparpotenzial. Dieses muss so weit als möglich durch intelligente Planung ausgeschöpft werden. Solarenergie vielfältig einsetzbar – von der solaren Brauchwassererwärmung mit Heizungsunterstützung über die architektonischen Gestaltung einer Fassade bis hin zum Betrieb von Parkscheinautomaten oder Kühlsystemen.

Energieeinsparung

Die umweltfreundlichste Energie ist immer noch die, die gar nicht verbraucht wird. Die Ziele zur Reduktion von CO₂, die sich die Stadt gesteckt hat (bis 2005 Reduktion um 30%, bis 2010 Reduktion um 50% – Bezugsjahr 1987) werden niemals erreicht, wenn nicht alle Einsparpotenziale ausgeschöpft werden.

Mit der auf Initiative der GRÜNEN vor wenigen Jahren gegründete Münchner *Energie Agentur* ist ein wichtiger Partner beim Ausbau von Maßnahmen und Projekten zur Energieeinsparung und zur Steigerung der Energieeffizienz vorhanden. Die Kooperation der Münchner *Energie Agentur* mit städtischen und privaten Betrieben in München muss weiter ausgebaut werden. Darüber hinaus muss die vom Referat für Gesundheit und Umwelt betriebene neue Energiesparberatung im Bauzentrum schnellstmöglich an seinem neuen Standort in der Messestadt Riem errichtet und in Betrieb genommen werden. Dort sollen die Aktivitäten aller öffentlichen und privaten Akteure im Bereich des Energiesparens und der effizienten Energienutzung gebündelt werden.

Atomenergie hat keine Zukunft

DIE GRÜNEN lehnen Atomenergie wegen der enormen Risiken bei Betrieb und Entsorgung grundsätzlich ab. Der so genannte Atomkompromiss zwischen der Bundesregierung und der Energiewirtschaft garantiert jedoch den Atomkraftwerken bis zum endgültigen Ausstieg Restlaufzeiten von bis zu 30 Jahren – auch dem AKW OHU II, das zu 25 % in städtischem Besitz ist. Solange dieses AKW in Betrieb ist, werden DIE GRÜNEN alle Instrumente nutzen, den höchstmöglichen Sicherheitsstandard in Ohu durchzusetzen und zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Stilllegung herbei zu führen. Um den Druck zu erhöhen, treten wir dafür ein, Atomstromkapazitäten durch eigene umweltfreundliche Energieerzeugung und -effizienz zu ersetzen.

Wir fordern, dass die Stadt München all ihre Einflussmöglichkeiten nutzt, um bei der Planung des Zwischenlagers am Kernkraftwerk Isar II die höchstmöglichen Sicherheitsstandards durchzusetzen.

Auf keinen Fall akzeptieren wir für München den Import von Atomstrom. Stark am Profit orientierte Stromversorger verfolgen zudem das Ziel, Billigstrom aus Reaktoren mit niedrigen Sicherheitsstandards als Strommix getarnt auch an die Münchener Stadtwerke zu verkaufen. Um dies zu verhindern, brauchen wir eine Kennzeichnungspflicht für Strom. Sie soll zuerst bei den Stadtwerken und schließlich auch bundesweit eingeführt werden. Über die Zusammensetzung des eingekauften Stroms wird in der Stromrechnung informiert, um so die erforderliche Transparenz für die VerbraucherInnen zu schaffen.

Initiativen der GRÜNEN

Auf Initiative der GRÜNEN hat die Stadt in Ergänzung des bestehenden Förderprogramms *Energieeinsparung* ein erweitertes Klimaschutzprogramm eingerichtet, das mit DM 18 Millionen (verteilt auf fünf Jahre) dotiert ist. Daraus wird einerseits teilweise die zentrale Energieberatung im neuen Bauzentrum finanziert, andererseits aber auch investive Maßnahmen wie Wärmedämmung, BHKW- und Solarförderung und die verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zum Klimaschutz.

Für einen effektiven Klimaschutz reicht es nicht aus, nur investive Maßnahmen zu fördern. Wichtig ist auch, die strukturellen Voraussetzungen zu schaffen und die Akteure (Wirtschaft, Handwerk, Baugewerbe, Politik, Verwaltung, Verbände) miteinander zu vernetzen. Im Rahmen des Klimaschutzprogramms wurden vier Fachforen in den Themenbereichen *Solarstadt München*, *Wärmeschutz* für Wohngebäude, *Blockheizkraftwerke* und *Energieeffizienz* in Betrieben eingerichtet, die den relevanten Akteuren aus Industrie, Handwerk, Politik, Verwaltung und Verbänden eine gemeinsame Plattform bieten. Die Fachforen werden genutzt, um Informationen auszutauschen, gemeinsam Ideen zu entwickeln und die Kräfte zu bündeln.

Die Stadt München hat außerdem auf Initiative der GRÜNEN DM 2 Millionen pro Jahr für den Niedrigenergiestandard im sozialen Wohnungsbau bereitgestellt.

DIE GRÜNEN fordern

- den weiteren Ausbau der Solarenergie in München; das gilt insbesondere bei Neubauvorhaben. Durch kreative Stadt- und Siedlungsplanung muss das Potenzial an passiver Solarenergie so weit als möglich ausgeschöpft und durch thermische Solaranlagen ergänzt werden – Maßnahmen, die nicht nur umweltpolitisch sinnvoll, sondern langfristig auch wirtschaftlich rentabel sind. Unser Ziel ist, künftig auch verstärkt private Bauherren und Wohnungsbaugesellschaften zu Nutzung der Sonnenenergie bewegen.
- weitere Maßnahmen zur Energieeinsparung. Nachdem die neue Energieeinsparverordnung der Bundesregierung zum Jahreswechsel in Kraft treten wird, müssen sich im Neubau jetzt die Anstrengungen auf noch ehrgeizigere Wärmeschutzstandards wie Passivhäuser konzentrieren. Die Gelder für den Niedrigenergiestandard sind entsprechend umzuwidmen;
- das *Bauzentrum – Energieberatung* zu einem Markenzeichen für den lokalen und regionalen Klimaschutz zu entwickeln. Eine dauerhafte Sicherstellung der Finanzierung ist im Rahmen des Münchner Klimaschutzprogramms zu gewährleisten.

9. Wirtschaft und Beschäftigung - nachhaltige Wirtschaftspolitik

In der Wirtschaftspolitik der GRÜNEN steht die Nachhaltigkeit im Mittelpunkt. Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen auch für zukünftige Generationen sichern. Dazu muss Entwicklung und Markteinführung umweltverträglicher Produkte und Verfahren unterstützt werden. Sowohl bei der Vergabe öffentlicher Auf-

träge als auch der Fördermittel muss die Stadt neben der Wirtschaftlichkeit ökologische und soziale Kriterien zugrunde legen.

Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen

Der größte Teil der ArbeitnehmerInnen ist bei kleinen und mittleren Unternehmen beschäftigt. Deswegen muss deren Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden und sie müssen leichter Kredite erhalten.

Kooperation zwischen Forschung und Wirtschaft

Die Ergebnisse von Forschung und Entwicklung aus den Universitäten und den Forschungseinrichtungen sollen durch Technologiezentren und Kooperationen Münchner Unternehmen ermöglichen, neue umweltverträgliche Produkte und Verfahren zur Marktreife zu bringen.

Mehr Unterstützung für ExistenzgründerInnen

ExistenzgründerInnen soll durch „Entbürokratisierung“ und durch aktive Unterstützung bei der Vielzahl der Genehmigungsverfahren seitens der Stadt geholfen werden, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Weltoffenes München

Die Erfordernisse einer international orientierten Wirtschaft machen ein weltoffenes München unabdingbar. München ist Standort vieler international arbeitender Wirtschaftszweige. Vor allem im Hightech-Bereich, im IT-Bereich und in der Medienbranche sind viele hoch qualifizierte ArbeitnehmerInnen ausländischer Herkunft beschäftigt. Weitere Einwanderung von ArbeitnehmerInnen und ihren Familien wird notwendig sein. Dieser Tatsache muss u.a. durch eine Anpassung unseres Bildungssystem (internationale Schulen) Rechnung getragen werden. Wir wollen, dass München für alle, die hier leben und arbeiten, lebenswert ist.

Teilzeitarbeit

DIE GRÜNEN unterstützen die gezielte Förderung der Teilzeitarbeit für Frauen und für Männer. Hierbei soll die Stadt München als Arbeitgeberin selbst als Beispiel vorgehen und auch Führungspositionen teilzeitfähig machen.

Integration in den Arbeitsmarkt und Qualifizierung

Aufbau bzw. Wiederherstellung einer lokalen Ökonomie hat eine Schlüsselfunktion für die Stabilisierung der von hoher Armutsdichte und Arbeitslosigkeit betroffenen Quartiere. Private Unternehmen müssen zur Beteiligung an der Stadtentwicklung gewonnen werden. Dies gilt für unterschiedliche Formen des *Public Private Partnership*, Projekte des *Social Sponsoring*, Bereitstellung und Vermittlung von Arbeitsplätzen und – übergangsweise – auch das Angebot von Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt. Ebenso wichtig ist es, die Arbeitssuchenden besser zu qualifizieren, um die Voraussetzungen für ihre Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess zu schaffen. Dies gilt Arbeit Suchende besonders für Arbeitssuchende ohne oder mit geringer beruflicher Qualifikation, MigrantInnen und Menschen mit Behinderungen. Entsprechende Qualifizierungsprojekte für diese Gruppen sind zu fördern. Parallel entstehen Maßnahmen, die den Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt begleiten. Diese Maßnahmen sind im Verbund mit dem Arbeitsamt sowie durch stadtweite und lokale Netzwerke mit den Münchner Unternehmen zu fördern. Für den städtischen Bereich und den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor müssen Strategien zur stärkeren Einbeziehung behinderter Menschen entwickelt werden. Bei der Integration von MigrantInnen müssen Sprachbarrieren abgebaut und Ausbildungen im Ausland durch das Arbeitsamt oder die IHK anerkannt werden.

☞ DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein,

- sobald wie möglich einen Kriterienkatalog für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik aufzustellen;
- den eingeschlagenen Weg von *Ökoprotit* weiterzugehen:
München hat als erste deutsche Kommune mit großem Erfolg *Ökoprotit* – Ökologisches Projekt für integrierte Umweltechnik – eingeführt. Zahlreiche Münchner Betriebe und 10 medizinische Einrichtungen haben bereits durch Umweltschutzmaßnahmen wie Abfallvermeidung oder Senkung des Energieverbrauches ihre Kosten gesenkt und gleichzeitig die Umwelt erheblich entlastet. Neue Firmen sind für *Ökoprotit* zu gewinnen. Firmen, die sich weiter entwickeln und die Kriterien für die strengere Zertifizierung *Ökoaudit* erreichen wollen, sollen unterstützt werden.

1. Kinder und Familien Kinder sind unsere Zukunft - auch in München

Investitionen für Kinder und Familien sind Investitionen in die Zukunft. Das gilt auch für den erfolgreichen Wirtschaftsstandort München. Gerade in wirtschaftlichen Hochphasen klafft die Schere zwischen Arm und Reich immer stärker auseinander. Vor allem Familien mit Kindern bekommen die negativen Auswirkungen des Booms zu spüren. Hier haben wir GRÜNEN immer gegengesteuert. Seit Jahren kämpfen wir für ein kinderfreundliches München. Und die steigenden Geburtenzahlen im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten bestätigen: München ist eine Stadt für Kinder. Trotzdem: Es gibt es noch viel zu tun.

Eine moderne Gesellschaft braucht leistungsfähige Betreuungsangebote, damit Väter und Mütter Beruf und Familie vereinbaren können und die steigende Anzahl der Einzelkinder in der Gruppe den Umgang mit anderen Kindern lernen.

Wir GRÜNEN haben uns in den letzten Jahren für bessere Betreuungseinrichtungen eingesetzt und einiges erreicht: eine breite Palette an Schulangeboten und eine Kindergartenversorgung von fast 90 %. Die Stadt ist bayerischer Spitzenreiter in Sachen Krippenplätzen und auch die Anzahl der Hortplätze ist deutlich angestiegen. Bis 2005 sind 625 neue Hort- und 252 neue Krippenplätze geplant – obwohl der Freistaat sich bisher seiner Verantwortung bei der Versorgung der unter Dreijährigen und der über Sechsjährigen völlig entzogen hat.

☞ DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein,

- das von der Stadt München gesteckte Ziel einer 20%igen Versorgung mit Krippenplätzen möglichst rasch umzusetzen und langfristig auf 30 % zu erhöhen. Dabei gilt es, ein Betreuungsnetz aufzubauen, das nah am Wohn- bzw. Arbeitsort liegt. Um dies zu erreichen, fordern wir die bayerische Staatsregierung auf, sich endlich an der Finanzierung der Krippenplätze zu beteiligen;
- regionale Defizite bei der Kindergartenversorgung zu beheben;
- das wohn- und schulortnahe Hortangebot auszubauen;
- eine Bedarfserhebung für alle Altersgruppen durchzuführen, um auf die veränderten Betreuungswünsche der Eltern, die Zuwanderung in die Stadt und den zu erwartenden Geburtenrückgang adäquat reagieren zu können;
- das Angebot an Ganztagschulen zu erweitern.

Kinderbetreuung lebt jedoch nicht nur von der Anzahl der Plätze, sondern auch von ihrer Vielfalt und Qualität. Wir wollen das bunte Bild der Einrichtungen erhalten und ausbauen.

☞ DIE GRÜNEN werden

- Kindertageszentren, in denen Kinder unterschiedlichen Alters in einer Gruppe spielen und betreut werden, finanziell und organisatorisch unterstützen;
- Eltern-Kind-Initiativen für alle Altersgruppen in ihrer Existenz sichern und Neugründungen unterstützen;
- Tagesmutterprojekte für Kinder unter drei Jahren fördern, Festanstellungen von Tagesmüttern beim Jugendamt oder einer anderen Einrichtung überprüfen;
- besondere pädagogische Konzepte und Zweisprachigkeit fördern;
- sich für flexible Öffnungszeiten, Erhöhung des Angebots an Ganztags- und Zweidrittelplätzen im Krippen- und Kindergartenalter einsetzen;
- den Plan der bayerischen Staatsregierung, die Kindergartenförderung umzugestalten, sehr **kritisch** begleiten. Eine Förderung, die hauptsächlich auf die Nutzungszeiten und die Anzahl der Kinder abzielt, lehnen wir ab. Bei der Neuordnung der Kindergartenförderung wollen wir eine Förderung, die pädagogische Leistungen honoriert, gesunde Ernährung berücksichtigt, eine Reduzierung der Gruppenstärke ermöglicht und alle Kinder mit einem besonderen Förderbedarf berücksichtigt.

Betreuungsangebote allein reichen nicht aus. Immer mehr Familien brauchen professionelle Hilfe bei der Erziehung der Kinder. Wir haben in den letzten Jahren die Unterstützung der Erziehungsberatungsstellen regelmäßig erhöht. Doch ist die Hemmschwelle groß, sich beraten zu lassen.

☞ DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass

- Erziehungsberatung auch zu den Familien geht;
- muttersprachliches Personal eingestellt wird, um auch Migrantenfamilien zu erreichen;
- die Zusammenarbeit von Schulen und Erziehungsberatungsstellen verbessert wird.

Kinder wollen ernst genommen werden. Sie haben ihre eigenen Vorstellungen über Spielmöglichkeiten oder Freizeitgestaltung. Deshalb wollen sie mitbestimmen.

Seit Jahren fördern wir GRÜNEN die Münchner Kinder- und Jugendforen, auf denen die Kinder und Jugendlichen ihre Wünsche und Vorstellungen den PolitikerInnen mitteilen können. Auf die verschiedensten GRÜNEN Initiativen hin ist die Beteiligung von Kindern an der Gestaltung von Spielplätzen zur Norm geworden – mit großem Erfolg. Die Spielplätze werden viel besser angenommen. Auch unsere wiederholte Forderung nach Öffnung der Schulhöfe wird nach und nach erfüllt. Ein Anfang, aber noch nicht genug. Wir wollen auf dem Weg für mehr Selbstbestimmung der Kinder weiter gehen.

☞ DIE GRÜNEN setzen sich ein für

- Mitbestimmung von Kindern an städtischen Planungsprozessen;
- Kinderverträglichkeitsprüfung für Neubauprojekte;
- Stärkung des Kinder- und Jugendforums;
- Rückeroberung öffentlicher Räume für Kinder – etwa Grünflächen, aber auch vorübergehende Nutzung von Brachflächen, Baulücken, „wilden Parks“;
- Verkehrsberuhigungsmaßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit der Kinder;
- Spielstraßen und verkehrsberuhigte Zonen.

2. Bürgergesellschaft und Solidarität Bürgerstadt München

In München gibt es eine immense Zahl von Menschen, die sich in Initiativen und Vereinen bürgerschaftlich engagieren. Ohne diese von unten wachsenden sozialen Netzwerke können wir München als liberale, solidarische und lebenswerte Großstadt nicht erhalten.

DIE GRÜNEN entstammen selber diesen sozialen Bewegungen und den Bürgerinitiativen und sind deshalb immer besonders für die Förderung von Initiativen eingetreten. Wir setzen der Staatsgläubigkeit sozialdemokratischer Prägung und der Marktgläubigkeit der Neoliberalen die Vision einer solidarischen Bürgergesellschaft entgegen. Wir gehen von der Mündigkeit einer Gesellschaft von BürgerInnen aus, die durchaus in der Lage sind, ihr Leben und die Großstadt selber zu gestalten – durch Beteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten, durch gemeinsames Engagement.

Rahmenbedingungen für Bürgerengagement

Es geht dabei nicht um einen Rückzug der Politik. Vielmehr hat die Stadt die Aufgabe, dem Engagement der BürgerInnen angemessene Rahmenbedingungen zu geben. Bei der Unterstützung des Bürgerengagements setzen wir GRÜNE besondere Schwerpunkte:

- Wir unterstützen gesellschaftliche Gruppen, die sich bisher zu wenig Gehör verschaffen konnten.
- Wir unterstützen Initiativen, die über Gruppeninteressen hinausgehende Belange vertreten, die sich für Benachteiligte einsetzen.
- Wir unterstützen Gruppen von kritischen VerbraucherInnen im weitesten Sinne, die also nicht auf eine materielle Konsumentenorientierung beschränkt sind. Und wir unterstützen Gruppen, die sich aktiv in die Gestaltung der sie betreffenden Institutionen und Lebensräume einmischen – besonders im Bildungs-, Gesundheits- und Kulturbereich.

Es geht um die Öffnung von Institutionen. Es geht um angemessene Rahmenbedingungen, Hilfen und Motivation.

☞ DIE GRÜNEN wollen deshalb

- das Engagement der BürgerInnen durch die Bereitstellung von Infrastruktur, Räumen, Anlaufstellen, Vernetzungs- und Beratungsangeboten fördern;
- Bürgerstiftungen durch kostenlose Betreuung und Verwaltung bei Wahrung ihrer Unabhängigkeit unterstützen;
- für öffentlichkeitswirksame Formen der Anerkennung für bürgerschaftliches Engagement sorgen;
- gerade für Jugendliche Anreize schaffen, sich bürgerschaftlich zu engagieren (durch Vergünstigungen sowie stärkere Berücksichtigung ihrer Ideen bei städtischen Planungen).

Power to the people

Engagement von BürgerInnen bedeutet nicht nur Verantwortung für gesellschaftlich notwendige soziale und kulturelle Aufgaben. Bürgerengagement bedeutet politische Partizipation. Es geht dabei um die Gewinnung von Macht, die Politik und Institutionen an engagierte BürgerInnen abgeben müssen: Die Stadt gehört allen MünchnerInnen – und nur, indem sie sich gemeinschaftlich engagieren und einmischen, können sie diese Stadt auch gestalten.

☞ DIE GRÜNEN treten für innovative Formen der Bürgerbeteiligung in allen Bereichen des Handelns der Stadtverwaltung ein:

- Stadtplanung, Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit, Workshops, Zukunftswerkstätten, öffentliche Foren und vieles mehr gehört dazu. Institutionen wie Schulen, Krankenhäuser, Kultureinrichtungen müssen sich öffnen und die Betroffenen stärker beteiligen. Die Stadt muss den Mut aufbringen, Gestaltungsaufgaben und Entscheidungen ganz in die Hände der betroffenen BürgerInnen zu geben, statt sie nur wohlwollend anzuhören.
- Die Stadtverwaltung muss sich als „Bürgerkommune“ verstehen, muss die Begriffe *Bürgerfreundlichkeit* und *Bürgernähe* mit Leben füllen, Abläufe vereinfachen und entbürokratisieren, sich im Prozess der Regionalisierung mit den BürgerInnen im Stadtteil vernetzen und im Sinne einer *gläsernen Verwaltung* Transparenz für die BürgerInnen schaffen.
- Die Stadtplanung muss Orte der Identifikation und der Begegnung schaffen, damit Kommunikation und Kooperation möglich wird und schließlich das Zusammengehörigkeitsgefühl in unserer Stadtgesellschaft wächst.

3. Gesundheit präventiv, beratend, patientenorientiert

Kommunale Gesundheitspolitik ist für DIE GRÜNEN mehr als kommunale Krankenhauspolitik. Sie hat die Voraussetzungen für die Gesunderhaltung als auch die Wiederherstellung der Gesundheit im engeren Sinne durch Einrichtungen der Gesundheitsversorgung in den Blick zu nehmen. Dabei kommt es darauf an, dass Möglichkeiten der Mitgestaltung für die BürgerInnen in allen Lebensbereichen geschaffen werden, um diese Grundbedürfnisse zu artikulieren und ihre Erfüllung durchzusetzen.

Mit unserem GRÜNEN Gesundheits- und Umwelterferenten haben wir uns deshalb für die dezentrale Gesundheitsförderung eingesetzt und halten weitere stadtteilorientierte Beratungsangebote zur Gesundheit für notwendig.

Für Menschen aus unterschiedlichen Schichten, Kulturkreisen und unterschiedlichen Geschlechts sind gleiche Gesundheitschancen zu erreichen, da die Zugehörigkeit zu einer benachteiligten Bevölkerungsschicht oft einen schlechteren Gesundheitszustand bedingt. Auch Kinder und Jugendliche sind davon betroffen. Wir sind deshalb aktiv geworden, haben ein gezieltes Vorgehen des Gesundheitsdienstes für Säuglinge und Kleinkinder erreicht und wollen eine Verbesserung gesundheitsbezogener Maßnahmen im Schulbereich.

Der Ausbau interkultureller Gesundheitsangebote sowie Einrichtungen zur Förderung von Frauengesundheit waren und sind uns ein zentrales Anliegen. Daher fordern wir eine geschlechtsspezifische Arbeitsweise im Sinne des *gender mainstream* in allen gesundheitsbezogenen Einrichtungen.

Damit sich die Gesundheitsversorgung nach den Bedürfnissen der Menschen orientiert, wollen wir eine Stärkung der Patienteninteressen, d.h. eine stärkere Vertretung der PatientInnen durch den Gesundheitsbeirat in den städtischen Gremien und in den städtischen Krankenhäusern.

Mit der Gesundheitsreform 2000 wurden die Voraussetzungen für eine Integration der ambulanten und stationären Versorgung geschaffen. Damit diese in konkrete Projekte in München umgesetzt werden, fordern wir

Krankenkassen, Kassenärztliche Vereinigung und Krankenhäuser dazu auf, aktiv neue patientenorientierte Versorgungsprojekte einzurichten, ohne das bestehende Therapienetz zu gefährden.

Die städtischen Krankenhäuser stehen – wie alle Krankenhäuser in der Bundesrepublik – vor einem massiven Umbruch durch die Einführung eines neuen Entgeldsystems (Abrechnung über eine Fallpauschale). Nur durch die Zusammenarbeit der Verwaltungsleitung, der ärztlichen Direktion und der Pflegedirektion wird sichergestellt, dass alle Interessen im Krankenhaus zum Tragen kommen. Da die städtischen Krankenhäuser verstärkt mit privaten, frei gemeinnützigen und staatlichen Krankenhäusern im Wettbewerb stehen, müssen die anstehenden baulichen Sanierungsmaßnahmen durch eine zeitgerechte Bereitstellung der entsprechenden staatlichen und kommunalen Finanzmittel zügig durchgeführt werden. Um die Bedeutung der Pflege institutionell abzusichern, wollen wir, dass das Institut für Pflegeberufe in Zukunft mehr innovative Projekte gemeinsam mit den städtischen Kliniken konzipiert und erprobt.

Sucht

Ziel GRÜNER Politik ist es, dass Menschen die Gefahren aller Rauschmittel (Alkohol, Nikotin, Drogen) kennen und damit so umgehen können, dass sie nicht süchtig werden oder schwere psychische und physische Schäden erleiden.

Obwohl auf Initiative der GRÜNEN das niederschwellige Angebot in München für diejenigen, die Drogen nehmen, verbessert werden konnte (Kontaktläden, Substitutionsprogramme, medizinisch kontrollierte Heroinabgabe als Arzneimittelversuch) gilt es, das bestehende Hilfsangebot zu erweitern.

☞ DIE GRÜNEN fordern:

- ein flächendeckendes Netz von Kontaktläden;
- Rückzugsräume, um ohne Angst vor Repression und unter ärztlicher Aufsicht Drogen zu konsumieren;
- ein breit angelegtes Substitutionsprogramm als gesundheitsstabilisierende und lebenserhaltende Behandlungsmöglichkeit;
- weitere Automaten zum Spritzenaustausch;
- Alternativen zur Obdachlosigkeit (z.B. Notschlafstellen), Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie Arbeitsplatzangebote, um diejenigen, die Drogen nehmen, zu stabilisieren;
- eine wesentliche Intensivierung der Nikotin- und Alkoholprävention, insbesondere im Kindes- und Jugendalter;
- die Einrichtung eines ambulantes Trainingsprogramms zum kontrollierten Trinken zur Früherkennung der Alkoholabhängigkeit;
- eine stärkere Thematisierung der Medikamentenabhängigkeit – der heimlichen Sucht. Dazu ist mehr Aufklärung und eine Verstärkung des Präventions-, Beratungs- und Therapieangebotes vor allem für Frauen erforderlich;
- für diejenigen, die Ecstasy nehmen, eine Beratungsstelle: Dort wird der Reinheitsgehalt von Designerdrogen analysiert, es wird über Gefahren bei deren Anwendung aufgeklärt und der Konsum wird in beratender Weise überwacht.

Wir werden uns weiterhin auf Bundes- und Landesebene dafür einsetzen, die Kriminalisierung weicher Drogen, wie z.B. Cannabis, zu beenden und deren Besitz in Mengen, die dem Eigenkonsum dienen, zu legalisieren. Der Besitz von Drogen oder deren Konsum dürfen zum Führerscheinentzug nicht ausreichen; es muss vielmehr ein Tatbestand entsprechend *Alkohol am Steuer* geschaffen werden.

GRÜNE Psychiatriepolitik: selbstbestimmt, ambulant vor stationär, wohnortnah

Wohngemeinschaften, sozialpsychiatrische und gerontopsychiatrische Dienste, Krisenzentren und *Casemanagement* – der Wandel des psychiatrischen Angebots in der Stadt ist nicht zu übersehen. Unter der rot-grünen Stadtregierung entstand in den letzten Jahren ein vielfältiges, qualifiziertes und dichtes Netz von ambulanten psychiatrischen Hilfsstrukturen.

Dennoch gibt es viel zu tun:

- Der auf Antrag der GRÜNEN Stadtratsfraktion vorgelegte Bericht zur Situation der psychiatrischen Versorgung zeigt erhebliche Defizite in den Bereichen Arbeitsmarkt, Krisendienste, Wohnmöglichkeiten und Gerontopsychiatrie auf.
- Spezielle Hilfsangebote für psychisch kranke MigrantInnen, Wohnungslose, Abhängige und Eltern sind kaum vorhanden.

- Eine kürzlich in München durchgeführte Umfrage zeigt ein düsteres Bild auf: Mehr als 50 Prozent der Befragten begegnen psychisch Kranken mit Misstrauen, ein Drittel lehnte eine Wohngemeinschaft für psychisch Kranke in der Nachbarschaft ab.
- Die stationäre, sektorbezogene Versorgung steckt noch in Kinderschuhen.
- Bei der Enthospitalisierung ist so manches schief gelaufen ist. Anstatt Wohnmöglichkeiten zu schaffen sind Langzeitkranke oft in Heime verlegt worden. Schätzungen gehen davon aus, dass allein in Bayern mindestens 10.000 psychisch kranke Menschen in Heimen leben.

☞ DIE GRÜNEN wollen, um diese Defizite zu beheben

- ein städtisches Psychiatriekonzept erstellen (unter den Leitlinien: selbstbestimmtes Leben, wohnortnah, ambulant *vor* stationär) und danach arbeiten;
- auf eine rasche stationäre Versorgung in den vier Sektoren drängen;
- eine Krisenversorgung rund um die Uhr mit aufsuchender Hilfe aufbauen;
- Betroffene und ihre Angehörigen in ihrer Arbeit unterstützen;
- verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zum Abbau von Vorurteilen betreiben;
- ein Konzept zur Enthospitalisierung (weg aus den Heimen) vorlegen.

4. Soziales

- wir bekämpfen die Armut, nicht die Armen

Die Aufgabe einer kommunalen Sozialpolitik, wie wir GRÜNEN sie verstehen, besteht darin, die Spaltung der Stadtgesellschaft zu verhindern. Ziel ist es, eine Ausgrenzung von Armen, Wohnungslosen, MigrantInnen und anderen Bevölkerungsgruppen zu verhindern.

Dies heißt aber nicht, dass wir GRÜNE Sozialpolitik nur als Defizitausgleich verstehen. Sozialpolitik – wie wir sie in den letzten Jahren gestaltet haben und auch in Zukunft gestalten wollen – bedeutet: Konzeptionelles soziales Handeln mit den Betroffenen und für sie, um ihnen dauerhaft aus ihrer Armutssituation herauszuheilen.

Das Netz der sozialen Sicherung ist nur durch die Zusammenarbeit der Stadt, der Wohlfahrtsverbände und der vielen kleinen Träger sozialer Arbeit zu knüpfen. Dieses Netz zu erhalten und auszubauen, und – wo es geht – das Subsidiaritätsprinzip durchzusetzen und selbsttragende Strukturen aufzubauen, ist Ziel GRÜNER Sozialpolitik.

Sozialpolitik ist für GRÜNE ein Kernelement der Kommunalpolitik überhaupt. Wir wollen wie schon in den letzten Jahren den bewährten Kurs einer eigenständigen, konzeptionellen und auf sozialen Ausgleich bedachten Sozialpolitik fortsetzen.

☞ DIE GRÜNEN haben sich u. a. folgende Ziele gesetzt:

- Umsetzung des Bau- und Sanierungsprogramms für wohnungslose Haushalte: 1500 Wohnungen in zehn Jahren;
- Aufbau und Umsetzung des Gesamtplanes *Wohnungslosigkeit*. Es geht darum, Hilfe zu leisten, ohne Betroffene zu entmündigen;
- Umwandlung aller Obdachlosensiedlungen in herkömmliche, in die Stadtteile integrierte Quartiere;
- bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfestrukturen sind als eigenständige Säule im System der sozialen Arbeit fortzuentwickeln;
- die Umsetzung der Dezentralisierung der sozialen Arbeit muss zügig weitergeführt werden;
- Erhalt des Systems der Hilfe zur Arbeit, bei weitestgehender Selbstbestimmung der Betroffenen;
- Die Kooperation von Stadtteilarbeit und regionalen Selbsthilfeinitiativen soll die Vielfalt und Lebendigkeit in den Stadtvierteln fördern.

Alte Menschen

Wie die bundesdeutsche Gesellschaft altert auch die Münchner Bevölkerung zusehends. Die SeniorInnen sind aktiv und wollen keinesfalls im Abseits stehen. Diese mobilen älteren und alten Menschen brauchen nur

bedingt Hilfestellungen, die durch Alten-Service-Zentren und andere niederschwellige Angebote gegeben werden müssen.

Weiterhin muss durch vermehrte Anstrengungen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements versucht werden, das Wissen alter Menschen zu nutzen und den Wunsch nach Aktivität und Mitarbeit zu stärken und zu fördern.

Altenpflege – satt, sauber, trocken: zum Überleben genug, für die Menschenwürde zu wenig

Die meisten alten Menschen leben auch im hohen Alter in ihrer eigenen Wohnung – und so soll es auch bleiben. Deshalb muss sichergestellt werden, dass alle Menschen in München auch die Pflege erhalten, die sie benötigen.

Das durchschnittliche Eintrittsalter pflegebedürftiger SeniorInnen ins Pflegeheim liegt in München bei 86 Jahren. Das bedeutet, dass diese in einem viel höheren Maß pflegebedürftig sind als die Altenheimbewohner vor 10 oder 20 Jahren.

Dies bedeutet weiterhin, dass die Pflegekräfte bis an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gefordert sind: Die hohe Fluktuation und die großen Schwierigkeiten, überhaupt noch geeignetes Pflegepersonal zu finden ist ein Zeichen hierfür. Wenn Image, Belastung und Bezahlung der Pflegekräfte nicht deutlich verbessert werden, läuft dieser Bereich auf eine Katastrophe zu.

Verantwortlich hierfür ist eine viel zu kurz greifende Pflegeversicherung, die zwar die notwendigen Pflegemaßnahmen abdeckt, damit ein alter Mensch satt, sauber und trocken gehalten werden kann – die notwendige Zuwendung aber bleibt auf der Strecke. Auch deckt die Pflegeversicherung die immensen Pflegemaßnahmen für altersdemente Menschen kaum ab.

Zusammen mit der Überforderung des Personals werden die strukturellen Fehler der Pflegeversicherung auch in Zukunft Pflegeskandale produzieren.

DIE GRÜNEN fordern

- von der Bundesregierung den Ausbau der Leistungen in der Pflegeversicherung wie auch die Erhöhung des Betreuungsschlüssels auf mindestens 1:2,2.

Da diese Forderungen nur von der Bundesebene umgesetzt werden können, ist vor allem auf Betreiben der GRÜNEN die Stadt München aktiv geworden. So wurde

- eine Beschwerdestelle für Missstände in der Altenpflege im Direktorium der Landeshauptstadt München eingerichtet;
- insgesamt eine Summe von mehr als DM 10 Millionen jährlich bereitgestellt, um strukturelle Mängel der Pflegeversicherung im stationären und ambulanten Bereich auf kommunaler Ebene auszugleichen;
- die Frage von richterlich nicht genehmigten Freiheitsentziehungen thematisiert. Dazu wird derzeit auf unseren Antrag hin eine Studie über Freiheitsentziehungen in Münchner Einrichtungen zur Altenpflege erstellt.

Auch für die Zukunft werden DIE GRÜNEN das Thema Pflege und Pflegemissstände so stark und energisch aufgreifen wie in den letzten Jahren.

Prostituierte

Wir unterstützen die Bemühungen der Bundesregierung, die Prostitution als Beruf anzuerkennen. In München fordern wir die Aufhebung der Sperrgebietsverordnung oder zumindest die Legalisierung der so genannten „Toleranz-Zonen“.

Behinderte Menschen

Es ist entscheidend auf die Beharrlichkeit der GRÜNEN zurückzuführen, dass Busse, Straßenbahnen und U-Bahnen im Lauf der letzten zehn Jahre fast vollständig behindertengerecht umgerüstet wurden. Auch für einen behindertengerechten Ausbau der S-Bahnhöfe haben wir uns wiederholt eingesetzt und werden dies auch in Zukunft tun. Bei den anstehenden Veränderungen (Wettbewerb) im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs haben wir bereits durchgesetzt, dass die neue Situation auf keinen Fall zu einer Absenkung der Standards für Behinderte führen darf.

Der Münchner Fahrtkostenzuschuss für Behinderte hat sich bewährt und ermöglicht vielen die Teilnahme am öffentlichen Leben. Wir werden uns dafür einsetzen, den Berechtigtenkreis sukzessive wieder auszuweiten.

Wie in der Vergangenheit stehen wir auch in Zukunft dafür ein, dass Schwerstbehinderte, die auf 24-Stunden-Pflege angewiesen sind, nicht ins Heim abgeschoben werden.

Große Wohnanlagen ausschließlich für Behinderte dürfen nicht mehr entstehen. Ziel muss es sein, dezentral möglichst viele behindertengerechte Wohnungen in Wohnanlagen mit minimalen Barrieren zu integrieren.

☞ DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein

- allen Menschen mit körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderungen die gleichberechtigte Teilhabe am Leben in unserer Stadtgesellschaft zu ermöglichen. Alle Formen der Diskriminierung und Benachteiligung sind abzubauen. Ziel ist es, Behinderten ein selbstbestimmtes Leben in allen Bereichen zu ermöglichen.

5. Sicherheit

Sicherheit und Liberalität in der Großstadt sind keine Gegensätze

Das subjektive Sicherheitsgefühl nimmt ab. Mehr und mehr fühlen sich die Bürger von Kriminalität bedroht. Doch dieses subjektive (Un-)Sicherheitsgefühl entspricht nicht der objektiven Lage. München ist eine sichere Stadt. Es gibt vergleichsweise wenig Kriminalität.

Wir verdanken diese günstige Lage

- unserer niedrigen Arbeitslosenrate,
- unserem dicht geknüpften sozialen Netz,
- aber auch einer Kommunalpolitik, die mehr und mehr dazu übergeht, Sicherheitspolitik unter dem Gesichtspunkt der Prävention zu betreiben.

DIE GRÜNEN haben diese Idee in die Politik eingebracht – inzwischen ist sie Standard über alle Parteien hinweg geworden.

Sicherheitspolitik nach Vorstellung der GRÜNEN

- schützt besonders die körperlich Schwachen sowie bedrohte Minderheiten vor Übergriffen derer, die mit ihrer körperlichen Überlegenheit aufzutrupfen versuchen;
- wahrt und vermehrt die persönlichen Rechte der Bürger, verhindert den Weg in den Überwachungsstaat;
- arbeitet bevorzugt präventiv: sucht durch menschenfreundliche Stadtplanung Angstzonen erst gar nicht entstehen zu lassen und bekämpft die Ursachen der Unsicherheit;
- hysterisiert nicht, jagt den Leuten keine Angst ein, erzeugt keine populistische oder reißerische Panik;
- setzt auf eine bürgernahe, zivil auftretende Polizei;
- legt mehr Wert auf Opferschutz und Opferhilfe als auf das Anziehen der Strafschraube;
- fördert das Hinschauen der BürgerInnen, fördert die Mitwirkung der BürgerInnen in ihrem Wohnumfeld;
- sorgt für rasche, tatnahe Sanktionen bei kriminellen Handlungen;
- moralisiert die Kriminalität nicht, betrachtet sie als Symptom für gesellschaftliche Fehlentwicklungen.

☞ DIE GRÜNEN fordern

- Bürgermitarbeit muss auch in Sicherheitsfragen institutionalisiert werden. Deshalb ist ein kommunaler Präventionsrat einzuführen. Er wird von BürgerInnen (VertreterInnen aus allen dafür wichtigen Einrichtungen) getragen; die Polizei soll beratend teilnehmen. Durch ein Sicherheitskataster sollen die Schwerpunkte der Kriminalität erfasst werden; der Präventionsrat macht Vorschläge zur Verbesserung. Auf diese Weise kann kommunale Sicherheitspolitik im Wohnumfeld, im Stadtviertel sowohl Kriminalität objektiv abbauen wie auch Kriminalitätsangst verringern;
- die Entkriminalisierung der weichen Drogen sowie die kontrollierte Heroinabgabe an Schwerstabhängige – beides würde die Drogenkriminalität drastisch reduzieren (s. auch B 3: Gesundheit);
- von der Stadtplanung, dass sie keine toten Plätze und leeren Räume – „Angsträume“ – zulässt; lebenswerte Stadtviertel geben Sicherheit;
- den weiteren Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den Institutionen, die mit Kindern und Jugendlichen im Viertel zu tun haben: Der Jugendanteil an den Verdächtigen beträgt in München ca. 25%. Rasche, tatnahe, das Leid der Opfer erfahrbar machende Sanktionen einerseits, individuelle Maßnahmen wie intensive Einzelbetreuung andererseits halten wir für billiger als das Wegsperren. Die Stadt München gibt hohe Summen für Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe aus – wir halten dieses Geld für gut angelegt;

- die kommunalen Maßnahmen zu intensivieren, die eine Integration der MigrantInnen in unsere Stadtgesellschaft fördern: Der Anteil der Nicht-Deutschen an den Verdächtigen beträgt in München ca. 40%. Eine der Wurzeln der sog. Ausländerkriminalität liegt im Mangel an Integration. Hier rächen sich die Versäumnisse der Integrationspolitik (s. auch C7: multikulturelles München);
- die Anzahl der Fußstreifen der Polizei zu erhöhen; sie sind es vor allem, die das Sicherheitsgefühl der BürgerInnen steigern;
- dass die Polizei in München eine sozialpädagogische Beratungsstelle einrichtet, die den Opfern von Gewalt schnellstmöglich zur Seite stehen kann;
- die lückenlose Aufklärung von Übergriffen, Gesetzesbrüchen und Straftaten, die innerhalb des Polizeiparates selbst geschehen;
- dass sich die Polizei bei friedlichen Demonstrationen neutral verhält.

☞ DIE GRÜNEN lehnen ab:

- jegliche Ausweitung der Videoüberwachung in München;
- einen Platzverweis unliebsamer Außenseiter von zentralen öffentlichen Orten ab. Im Falle aktiver, direkter Belästigung bedarf es eines Zusammenspiels von sozialen und repressiven Maßnahmen.

C München - *weltoffen und selbstbestimmt*

1. Kultur

- ... und Kunst als Lebenselixier einer demokratischen Stadtgesellschaft

Kunst und Kultur sind als Formen der Auseinandersetzung der Menschen mit ihrer Gegenwart Grundvoraussetzungen für eine lebendige Demokratie. Sie können den Austausch zwischen Milieus und Szenen fördern: München ist eine multikulturelle Stadt, nicht nur aufgrund der hier lebenden verschiedenen Völker, sondern auch wegen der Vielfalt von Lebensstilen und Subkulturen. Die Förderung der KünstlerInnen und Kulturschaffenden ist für uns eine Pflichtaufgabe der Kommune.

GRÜNE Kulturpolitik sieht sich folgenden Leitlinien verpflichtet:

- *Präsente* Kunst ist besonders förderungswürdig: Kunst kann sich in lebendiger Form mit der gesellschaftlichen Realität auseinandersetzen; Zuspitzung, Provokation, Verstörung, In-Frage-Stellen eingefahrener Sicht- und Denkweisen sind ihre Mittel.
- „Kompositions“-Verhältnis in der Kulturpolitik: Das Herstellen von Verbindungen, Übergängen und Formen der Durchlässigkeit zwischen institutionalisierten, öffentlichen Einrichtungen („Innen“) und freier Szene („Außen“) ist für uns von hoher Bedeutung. Hierdurch kann der scheinbare Gegensatz zwischen *Hochkultur* und *Underground* aufgebrochen werden. Es muss auf ein angemessenes Verhältnis zwischen Innen und Außen geachtet werden, damit die kulturelle Vielfalt und das kreative Potenzial gesichert und ausgebaut werden. Um für die Förderung der freien Szene finanzielle Spielräume zu ermöglichen, muss bei öffentlichen Institutionen auf effektives Kostenmanagement geachtet und die Möglichkeiten des Sponsoring ausgeschöpft werden.
- Transparente Kulturpolitik: Die Mittelvergabe muss in transparenten Strukturen mit klaren Kompetenzen und Kriterien erfolgen. Bestehende Kultur braucht Planungssicherheit. „Besitzstände“ unterliegen einer fortwährenden Überprüfung und Qualitätskontrolle, damit förderungswürdiges Neues nicht chancenlos bleibt.
- Kommunikative Kulturpolitik: Für städtische Kulturpolitik ist es wichtiger, Kunst und Kultur zu *ermöglichen* als diese selber zu veranstalten. Die Stadt muss daher eine vermittelnde Rolle übernehmen. Hierzu gehören Hilfen wie z. B. unbürokratisches Zur-Verfügung-Stellen von Produktions- und Präsentationsstätten, Unterstützung bei der Vermittlung von privaten Geldern, Herstellung von Kontakten zwischen verschiedenen Künstlern und Szenen, Hilfe bei Vermarktungsstrategien oder Überlassung von Werbeflächen.
- Kooperative Kulturpolitik: Die Zusammenarbeit mit allen kulturell relevanten Institutionen Münchens (Freistaat, Stiftungen, Universität) muss Prinzip der Kulturpolitik sein.

- Kulturpolitik als Querschnittsaufgabe: Ansätze zu einer referatsübergreifenden Zusammenarbeit im Kulturbereich müssen verstärkt werden. Viele Fragen städtischer Politik haben eine kulturelle Bedeutung; Ziel muss eine Prüfung der *Kulturverträglichkeit* solcher Weichenstellungen sein.
- Aktivierende Kulturpolitik: Kulturpolitik soll dazu beitragen, dass möglichst viele Stadtbewohner von reinen KonsumentInnen zu aktiven GestalterInnen des Kulturlebens werden. Kulturelle Aktivität kann die Fähigkeit des Einzelnen zu einem selbstbestimmten Leben erhöhen. Besonders im Bereich der Kinder- und Jugendkultur (auch in den Schulen) müssen die Betroffenen als Subjekte von Kunstproduktion ernst genommen werden; ihre Kreativität muss geweckt werden. Außerdem hat die Begleitung und Professionalisierung von AnfängerInnen bei der Förderung künstlerischer Aktivität einen besonderen Stellenwert.

In den letzten Jahren haben wir u.a. erreicht:

- Die Theaterförderung wurde reformiert.
- Die Muffathalle hat sich als international renommierte Kulturstätte weiter etabliert.
- Das Kulturdenkmal Olympiastadion wurde vor der Zerstörung gerettet.
- Wir haben das Projekt *Kreativität in die Schule* vorangetrieben.
- Die Schauburg hat sich erfolgreich entwickelt.

☞ DIE GRÜNEN wollen in den nächsten Jahren u. a. erreichen:

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass weiterhin Räume für die alternative Jugendkultur zur Verfügung stehen.
- Wir wollen die Förderung der freien Szene ausbauen.
- Wir befürworten den Ausbaus des Bereichs *Medienkunst* als innovativen Ansatz.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadt nach Möglichkeiten sucht, mit einem neuen Raum an das Modell Marstalltheater mit seiner Offenheit für das Experimentelle und der gelungenen Durchdringung von Institution und „Außen“ anzuknüpfen. Wir wollen das Konzept des Volkstheaters als Haus mit festem Ensemble überprüfen.
- Wir wollen ein Konzept zur Erhaltung und Förderung der Programmkinos in München entwickeln und umsetzen.

2. Neue Medien – kompetente Nutzung für alle

Der Wirtschaftsraum München ist der führende Multimedia-Standort in der Bundesrepublik, das Zentrum der bundesdeutschen IT-Branche und liegt weltweit nach Silicon Valley, Boston und London auf Platz 4. Diese Entwicklung sehen wir GRÜNE als positiv für die wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Dynamik unserer Großstadt an.

Die Möglichkeiten der Neuen Medien – Computer, Internet, Telekommunikation – bedeuten eine große Chance für die Menschen. Wir GRÜNE lassen uns bei der politischen Gestaltung dieser Entwicklung von folgenden Prinzipien leiten:

- informationelles Selbstbestimmungsrecht;
- Grundversorgung mit Informationen,
- Förderung der Medienkompetenz,
- soziale Gerechtigkeit,
- Transparenz und Partizipation.

Der Zugang zu Medien und Informationen wird zu einer der entscheidenden Fragen gesellschaftlicher Teilhabe und sozialer Gerechtigkeit. Unser Ziel ist, allen MünchnerInnen einen angemessenen Zugang zu elektronisch vermittelten Informationen zu eröffnen.

Gerade für junge Menschen ist der Umgang mit elektronischen Medien und die Erlangung von Medienkompetenz von grundlegender Bedeutung. Die Bewertung von Informationen, die Fähigkeit, Inhalte richtig zu ordnen und auch das bewusste Nutzen von Medien müssen in der Schule vermittelt werden. Neben der beschlossenen Investition von DM 200 Millionen für den Zugang aller SchülerInnen zu den Neuen Medien

muss die Schulung von LehrerInnen und SchülerInnen verstärkt werden. Dabei muss das Lernziel *Medienkompetenz* als Schlüsselqualifikation im Mittelpunkt stehen.

Aber auch in der Erwachsenenbildung müssen besonders für Menschen, die aus Gründen von Alter, Geschlecht oder sozialer Herkunft bisher nicht gleichberechtigt an den Angeboten der Neuen Medien partizipieren konnten, Förderungs- und Zugangsmöglichkeiten offen stehen.

Der beruflichen Ausbildung im Bereich der Informationstechnologien (IT) gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Ganz vordringlich ist die Kompetenz von Mädchen und Frauen zu stärken, die bisher im Bereich der IT-Berufe weit unterrepräsentiert sind.

E-Demokratie und digitale Bürgergesellschaft

Neue Formen der Bürgerbeteiligung, eine neue politische Kultur der Diskussion und Partizipation sowie die Möglichkeit radikaler Transparenz politischen und Verwaltungshandelns eröffnen sich durch die Möglichkeiten des Internets. Die Stadt München muss noch weit mehr als bisher zu einer „gläsernen Stadtverwaltung“ mit einem „elektronischem Marktplatz“ für Diskussionsforen und Partizipationsverfahren werden.

Bürgerengagement und Partizipation wird durch die Möglichkeiten digitaler Vernetzung gefördert. Die Stadt muss ggf. Initiativen Hilfestellung hierbei geben – durch Know-how, Starthilfen und günstige bzw. kostenlose Homepages. Das Netz ist durch Förderung von Bürgerinitiativen, Vereinen und anderen nicht-kommerziellen Anbietern als ein die Demokratie förderndes Instrument auszubauen.

☞ DIE GRÜNEN wollen

- eine „digitale Spaltung“ verhindern und fordern deshalb eine verstärkte Förderung von öffentlichen, kostenlosen Möglichkeiten zur Internetnutzung in Büchereien, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen;
- das Kulturreferat bei der Entwicklung von Konzepten zur Medienkunst unterstützen: Kunst und Kultur kommt beim innovativen Umgang mit den Neuen Medien eine besondere Rolle zu.

3. Lesben und Schwule - andersherum leben in München

Vielfältige Lebensentwürfe in München sind für uns GRÜNE eine Bereicherung in einer pluralistischen Gesellschaft, aber auch eine politische Herausforderung. Lesben und Schwule leben mitten in München, aber noch ist es nicht selbstverständlich, dass ihnen die gleiche Akzeptanz und der gleiche Respekt entgegen gebracht werden wie heterosexuellen Menschen. Integration besteht aber nicht aus Anpassung an eine heterosexuell geprägte Gesellschaft, sondern in der Anerkennung von lesbischen und schwulen Lebensweisen.

In der Vergangenheit haben wir GRÜNEN uns immer dafür eingesetzt, dass Vorurteile abgebaut werden und lesbisches und schwules Leben in München sichtbar wird. Zwei Beispielen von vielen:

- der runde Tisch beim GRÜNEN Bürgermeister,
- die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der Stadtverwaltung.

☞ Die GRÜNEN treten für eine kontinuierliche finanzielle Förderung von lesbischen und schwulen Gruppen ein und wehren sich gegen jegliche diskriminierende Maßnahmen seitens der CSU.

Gleichgeschlechtliche Partnerschaften schätzen

DIE GRÜNEN haben dafür gesorgt, dass mit dem Rechtsstatus der *eingetragenen Partnerschaft* ein großer Schritt in Richtung Gleichstellung von Lesben und Schwulen gemacht wurde. Das Standesamt ist die einzige Stelle für das Eingehen dieses Bundes zweier Menschen.

☞ DIE GRÜNEN werden sich entschieden dafür einsetzen, dass die Stadt München trotz der absehbar restriktiven Vorgaben des Freistaates Bayern alle Spielräume für die Durchführung würdiger Zeremonien nutzt. Hierzu sind spezifische Fortbildungsmaßnahmen für städtische StandesbeamtenInnen nötig.

Jugendliche und ältere Homosexuelle unterstützen und schützen

Um Jugendlichen während ihrer Zeit des Coming-Outs Hilfe und Unterstützung anzubieten, müssen MitarbeiterInnen in Einrichtungen der Jugendhilfe entsprechend fortgebildet werden. Darüber hinaus müssen entsprechende Angebote geschaffen werden.

- ☞ Die GRÜNEN wollen, dass Aufklärung über gleichgeschlechtliche Lebensweisen ein fester Bestandteil in Schulen und in der Lehrerfortbildung wird – mit dem Ziel der Erziehung zu mehr Toleranz.
- Für ältere Lesben und Schwule muss im Pflege- und Betreuungsfall sichergestellt werden, dass ihre sexuelle Identität respektiert und geschützt wird.

Lesbische und schwule MigrantInnen

Auch in München werden lesbische und schwule MigrantInnen doppelt diskriminiert: wegen ihrer Herkunft und wegen ihrer sexuellen Identität.

- ☞ DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, Maßnahmen zur selbstbestimmten Teilhabe dieser Gruppen in der Stadt zu ergreifen und entsprechende Eigeninitiativen zu unterstützen. Ihre spezifischen Bedürfnisse sind in die Beratungskonzepte für MigrantInnen aufzunehmen.

Der Gewalt entgegenreten

Gewalt gegen Lesben und Schwule ist immer noch ein häufiges Phänomen. Um sie aktiv gegen Gewalt zu schützen, müssen Polizeibeamte auch im Umgang mit Lesben und Schwulen sensibilisiert werden. Anti-Gewalt-Projekte müssen verstärkt gefördert werden und die in ihnen gewonnenen Erfahrungen in die konzeptionelle Arbeit der Polizei einbezogen werden.

Familienförderung auch für Lesben und Schwule

Auch in lesbischen und schwulen Partnerschaften leben Kinder.

- ☞ DIE GRÜNEN wollen, dass diese Familien ebenso anerkannt und gefördert werden wie heterosexuelle Familien. Aus unserer Sicht gibt es keine rationalen Gründe für die Verweigerung des Adoptionsrechts für lesbische und schwule Paare. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Möglichkeit als weiterer Schritt der Gleichberechtigung erreicht wird.

4. Schule und Bildung – innovativ, gerecht, demokratisch

Bildung ist *das* Zukunftsthema. Zu Recht wird der Zusammenhang zwischen Bildung und ökonomischen Chancen immer stärker betont. Wir GRÜNE betrachten die Bildungsfrage jedoch nicht nur unter dem verkürzten Blickwinkel des Wirtschaftsstandorts, sondern aus ganzheitlicher Sicht. Mündigkeit, Selbstbestimmung, Emanzipation *und* Berufsfähigkeit gehören als bildungspolitische Leitziele zusammen. Nur selbstbewusste Menschen sind in der Lage, gesellschaftliche Aufgaben zu übernehmen, sich für eigene Interessen und die ihrer Mitmenschen zu engagieren.

Bildung und Ausbildung müssen in einer sich rasch verändernden Welt Kompetenzen vermitteln, die Voraussetzung für gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe sind. Dazu zählen mehr denn je soziale, kommunikative und kognitive Schlüsselqualifikationen. Demokratische Werte, soziale und ökologische Lebensformen, Chancengerechtigkeit und Integration sind elementare Bedingungen für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Bildung ist eine Frage von Gerechtigkeit und Demokratie.

Schulen, die Mündigkeit und Selbstbestimmung auf ihre Fahnen geschrieben haben, müssen sich selbst öffnen. Sie müssen in den Stadtteilen als lebendige Lernzentren der Begegnung unterschiedlicher Kulturen, der Integration verschiedener Lebensformen, dem gemeinsamen Erarbeiten von sozialen, demokratischen und ökologischen Lebensweisen dienen. Dazu gehört auch die weitere Förderung der Ganztagschule. Sie übernimmt eine wichtige Betreuungsfunktion in unserer Gesellschaft und schafft Möglichkeiten für einen offenen, fächerübergreifenden Unterricht.

Gerade die Landeshauptstadt München mit dem in der Bundesrepublik einmaligen kommunalen Schulwesen kann Schule als einen wesentlichen Eckpfeiler einer solidarischen Zivilgesellschaft gestalten.

GRÜNE haben in den letzten Jahren erreicht, dass

- im Haushalt des Schulreferats über DM 200 Millionen für Netzwerke und Internet bereitgestellt wurden, damit spätestens in fünf Jahren alle Münchner SchülerInnen Zugang zu den Neuen Medien haben;
- in München ein selbst organisiertes Schülerbüro eröffnet wurde, das SchülerInnen in ihren Beteiligungsmöglichkeiten unterstützt;

- in München keine Grundschule ohne ausreichende Tagesheim- oder Hortplätze geschaffen wurde;
- die Schulsozialarbeit, also die sozialpädagogische Betreuung von Kindern und Jugendlichen direkt in der Schule, ausgebaut wurde;
- immer mehr Schulhöfe für die Ferien- und Nachmittagsnutzung geöffnet werden;
- das berufliche Schulwesen immer mehr aus seiner Stiefkindrolle herauskommt;
- die Lehrerfortbildung ausgebaut wurde;
- es an allen städtischen Schulen Mädchenbeauftragte gibt und die ersten Schritte zur geschlechtsspezifischen Jungenarbeit getan wurden;
- alle Schulneubauten behindertengerecht sind.

☞ DIE GRÜNEN wollen diese Politik in den nächsten Jahren fortsetzen:

- Wir wollen innovative Unterrichtsformen stärken, bei denen SchülerInnen aktiv statt passiv sind.
- Die Mittags- und Nachmittagsbetreuung an Schulen muss besser werden.
- Schule muss sich stärker in den Stadtteil öffnen und eine Stadtteilschule werden.
- Mehrsprachigkeit ist wichtig: Wir wollen zweisprachige Kindergärten und eine internationale Modellschule.
- Mehr Demokratie wagen durch Mitbestimmung von SchülerInnen.
- An Schulen sollen Projekte durchgeführt werden, die das Demokratieverständnis von Jugendlichen stärken.
- Der Etat für Lehrmittel in den Grund-, Haupt- und Förderschulen soll deutlich erhöht werden.
- Kenntnisse in den Neuen Medien sind ein wesentlicher Schlüssel für Berufschancen und Teilhabe an der Informationsgesellschaft. Die nötige Ausstattung mit Hard- und Software muss gewährleistet werden. Insbesondere Mädchen muss deshalb ein verstärkter Zugang zu den Neuen Medien ermöglicht werden. Wir setzen uns dafür ein, mit Mitteln der Stadt ein Online-Projekt zu entwickeln, das sich gezielt an Mädchen richtet und deren Interesse für Ausbildungen im IT-Bereich fördert.
- Ein Schultag, an dem Jugendliche ihre Eltern am Arbeitsplatz besuchen, um Informationen zum Berufsalltag zu erhalten, soll durchgeführt werden.
- Die Schulsozialarbeit muss bedarfsgerecht ausgebaut werden.
- Wir brauchen mehr junge Lehrkräfte.
- Die Integration von Kindern mit Behinderungen in die Regelschule muss ausgebaut werden.
- Die Trennung der Verantwortlichkeiten bei der Kinderbetreuung (zwischen Sozial- und Schulreferat) muss aufgehoben werden; langfristig muss Politik für und mit Kindern und Jugendlichen verwaltungstechnisch in eine Hand kommen.
- Das Angebot an Ganztagschulen muss mit finanzieller Unterstützung des Freistaates ausgebaut werden.

5. Jugend Jugendpolitik mit Lust und Leidenschaft

Sonntagsreden und leere Versprechungen haben viele Jugendliche von der Politik entfremdet. Die *Shell-Jugendstudie* hat bewiesen: Jugendliche sind stark interessiert und engagiert für Themen wie Umwelt, Bürgerrechte oder das Eintreten für eine plurale Jugendkultur. Sie sind nicht politik-, sondern politikerverdrossen. Deshalb wollen gerade wir als GRÜNE jungen Menschen zuhören und mit ihnen für ihre Fragen, Wünsche und Erwartungen konkrete Vorschläge erarbeiten.

Sobald Kinder das Jugendalter erreichen, werden sie zunehmend als störend und lästig empfunden. Treffen sich Jugendliche im öffentlichen Raum wird sofort vermutet, dass von diesen Gruppen Störungen, Belästigungen und kriminelle Handlungen ausgehen. Immer häufiger rufen Anwohner die Polizei, weil sie sich von Jugendlichen belästigt fühlen. Die Einsprüche gegen Jugendeinrichtungen und Jugendtreffs wachsen ebenfalls ständig. Diese Stadt muss wieder lernen, Jugendlichen gegenüber Toleranz zu zeigen. Jugendliche brauchen auch sozialarbeiterfreie, selbstbestimmte Freiräume und Treffpunkte, die wohnortnah geschaffen werden müssen.

Jugendliche müssen an der Stadtpolitik beteiligt werden. Wir begrüßen die Einrichtung eines *Jugendparlaments*, in dem SchülerInnen, Azubis, Zivis usw. nach repräsentativen und demokratischen Verfahren ihre Interessen gegenüber der Stadt vertreten können.

Wir haben höchste Anerkennung für die Integrationsleistung, die Sportvereine in München erbringen. Wir wollen eine professionelle Unterstützung der Jugendleiter und TrainerInnen durch Weiterbildung in Mediation und Gewaltprävention. Unser Ziel ist es, verstärkt Projekte zu Mädchenförderung im Sport zu realisieren.

Eine Neuorientierung der Jugendberufshilfe ist geboten – durch Wirtschaftsorientierung, Arbeitsmarktnähe und Gemeinwesenorientierung in Kooperation mit Schulen, Betrieben und Jugendhilfe/Schulsozialarbeit in den Stadtteilen.

Gerade für Berufseinsteiger und Studienanfänger müssen die Angebote transparenter gemacht werden. Die Schulen müssen mehr als bisher, praxisnah (z.B. über Vermittlung von Praktika) auf den Beruf bzw. die späteren Studienmöglichkeiten vorbereiten.

Die Kriminalisierung von Cannabis-Konsumenten durch die strenge Handhabe der Münchner Polizei soll ein Ende haben. Die Verhängung von Betretungsverboten für Cannabis-Konsumenten selbst bei geringsten Mengen durch das Münchner Kreisverwaltungsreferat lehnen wir entschieden ab. Während in Hamburg die Toleranz bei kleinen Mengen auch seitens der Politik und Polizei vorhanden ist, werden Hanf-SympathisantInnen in Bayern wie Schwerverbrecher behandelt.

☞ DIE GRÜNEN fordern:

- Das Jugendparlament muss als Institution die Möglichkeit haben, dem Stadtrat Anträge vorzulegen;
- die Ausweitung von Selbstbehauptungskursen, um die Zivilcourage bei Jugendlichen zu fördern, insbesondere zur Prävention von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus;
- Ausbau und Stärkung des Bereiches berufs begleitende Jugendhilfe, um die berufliche Eingliederung vor allem von benachteiligten Jugendlichen zu verbessern;
- für Studierende und Azubis die Einführung eines Semestertickets, das deutlich unter dem Preis von sechs MVV-Monatskarten liegt;
- bezahlbaren Wohnraum für Studierende und Azubis. Der Freistaat soll mehr Mittel für den Wohnungsbau und den Ausbau von Studenten- und Lehrlingswohnheimen zur Verfügung zu stellen.

Wir GRÜNEN werden uns für den Erhalt und den Ausbau einer alternativen Jugendkultur in München einsetzen.

- Hierzu zählen in erster Linie die Weiterführung des *Backstage* an einem geeigneten Ort, der Kampf für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum, welches in vielen anderen deutschen Städten schon längst existiert, und die Einrichtung preisfreundlicher Jugendkneipen und -cafés.
- Als Ersatz für den Kunstpark Ost streben wir eine attraktive, übergangslöse Alternative an einem möglichst zentral gelegenen Ort an.
- Wir verlangen eine Abschaffung der Sperrstunde mit einem gleichzeitigen Ausbau der Nachtlinien. Insbesondere in den Außenbezirken ist eine Bereitstellung von Sammeltaxen zu gewährleisten, so dass sich das Nachtleben der jungen Erwachsenen nicht nach den Fahrplänen des MVV richten muss.

6. Frauen – ohne uns geht nix in München

Frauen wählen Frauen – daher sind gut 46 % der Münchner StadträtInnen heute Frauen. DIE GRÜNEN haben seit ihrem Einzug in den Stadtrat 1984 erheblich zu dieser Entwicklung beigetragen. In der Fraktion der GRÜNEN sind sogar die Hälfte der StadträtInnen Frauen. Uns ist es ernst: Wir fordern für Frauen mindestens die Hälfte aller Plätze in Politik, Ausbildung und Beruf.

Wir GRÜNEN begreifen die **Gleichstellung von Frauen** als übergeordnete Querschnittsaufgabe, die in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen gleichermaßen Berücksichtigung finden muss. Auch Verwaltungsstrukturen müssen reformiert werden; das betrifft insbesondere Budgetplanung und Stellenbesetzung in der Stadtverwaltung, wo erst jede dritte leitende Stelle von einer Frau eingenommen wird. Die Instrumente des *Gender-Mainstreaming* sollen die klassischen Frauenfördermaßnahmen ergänzen, um die Gleichstellung von Frauen auf allen städtischen Ebenen zu erreichen.

- Frauen brauchen gleiche Chancen in der Informationsgesellschaft

Während bundesweit der Frauenanteil bei den chancenreichen Ausbildungsberufen in der IT-Branche 14 % beträgt, liegt er in München nur bei 9,6 %.

- Frauen sollen Beruf und Familie vereinbaren können.
Gute Kinderbetreuung, z.B. durch ausreichende Krippenplätze sowie die Förderung teilzeitfähiger Stellen auch in Führungspositionen sind dafür eine wesentliche Voraussetzung. Das Angebot wurde zwar unter der rot-grünen Stadtregierung in den letzten Jahren erheblich verbessert, doch besteht noch immer ein hoher Bedarf, insbesondere für Kinder von 0–3 und 6–12 Jahren.

☞ DIE GRÜNEN fordern, das bestehende Kinderbetreuungsangebot zu erweitern, die Betreuungszeiten in den städtischen Einrichtungen an die flexiblen Arbeitszeiten anzupassen und Eltern-Kind-Initiativen weiter zu fördern.

- Die Entscheidung über Schwangerschaft, Geburt und Mutterschaft muss letztendlich bei den betreffenden Frauen liegen, jedoch müssen sich auch die betreffenden Männer ihrer Verantwortung stellen. Wir setzen uns dafür ein, das bestehende Netz von staatlich anerkannten Beratungsstellen weiter auszubauen.

☞ DIE GRÜNEN fordern ambulante und stationäre Möglichkeiten für einen Schwangerschaftsabbruch, Babyklappen an den städtischen Krankenhäusern und die Möglichkeit der anonymen Geburt.

- Mädchen und junge Frauen wollen ihr Leben in München selbstbestimmt gestalten. Dazu brauchen sie Räume, die nicht von Männern dominiert werden.

☞ DIE GRÜNEN fordern, in Schule und Freizeitprojekten mehr Plätze für Mädchen und junge Frauen zu reservieren.

- Im Alter sind Frauen stärker von Armut und sozialer Isolierung betroffen. Sie brauchen mehr Angebote, Treffpunkte und zusätzliche Möglichkeiten, ihren Alltag selbstbestimmt und lebenswert zu gestalten.

☞ DIE GRÜNEN fordern, bei der Gestaltung der Sozialhilfesätze die besonderen Bedürfnisse älterer Frauen zu berücksichtigen. Im Rahmen der Stadtentwicklung sollen neue Wohn- und Begegnungsformen gefördert werden.

- Migrantinnen sind oft dreifach benachteiligt: als Frau, als Migrantin und als Arbeitnehmerin. Migrantinnen, die nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, müssen über einen längeren Zeitraum die Möglichkeit bekommen, die deutsche Sprache zu erlernen.

☞ DIE GRÜNEN fordern, Projekte wie *Schule mal anders - Eltern lernen Deutsch* flächendeckend für alle Migrantinnen in München anzubieten. Projekte, die gezielt junge Migrantinnen in Berufe integrieren, sollen ausgebaut werden.

- Lesbisches Leben in München soll sichtbarer werden. In einer männlich dominierten Gesellschaft und einer heterosexuellen Welt sind Lesben doppelt benachteiligt; sie werden weniger wahrgenommen als Schwule.

☞ DIE GRÜNEN wollen, dass städtische Angebote für mehr Transparenz und die Förderung von Lesbenprojekten selbstverständlich sind.

- Münchner Frauenprojekte tragen wesentlich dazu bei, patriarchale Gesellschaftsstrukturen zu überwinden und die Selbstbestimmung von Frauen zu fördern.

☞ DIE GRÜNEN fordern, dass die Finanzierung dieser Projekte sichergestellt und ihr Etat erhöht wird.

- Gewalt gegen Frauen geschieht meist innerhalb der Familie. Mit dem neuen Gewaltschutzgesetz der Bundesregierung ist es möglich, dass die Frau mit den Kindern in der gemeinsamen Wohnung bleiben kann und dem gewalttätigen Ehemann oder Lebenspartner der Zutritt verwehrt wird. Trotzdem wird es Frauen geben, die den Schutz des Frauenhauses vorziehen.

☞ DIE GRÜNEN fordern die uneingeschränkte finanzielle Unterstützung der bestehenden Münchner Frauenhäuser, den Ausbau des ambulanten Betreuungsangebots und die Unterstützung von Initiativen zur Gewaltprävention. Außerdem sollen Fachfrauen bei der kommunalen Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes beratend hinzugezogen werden.

- Für obdachlose Frauen wollen wir die Verbesserung der Beratung und Betreuung bis hin zur Förderung von dauerhaften und bezahlbaren Wohnungen.

7. Multikulturelles München - Migration und Gleichberechtigung

Ein multikulturelles München ist weder durch Beliebigkeit noch durch ein reines Nebeneinander ohne Miteinander gekennzeichnet. Zu Integration in unserem Sinne gehören:

- gleichberechtigte Teilhabe aller MünchnerInnen – unabhängig von Pass, Herkunft, Hautfarbe, Kultur und Religion;
- Austausch und wechselseitige Anerkennung zwischen Individuen und Kulturen;
- als gemeinsame Basis der Vielfalt die Grundwerte Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit und Demokratie.

Langsam wird zur allgemeinen Überzeugung, was wir schon seit langem erkannt haben: Deutschland ist ein Einwanderungsland und München eine Einwanderungsstadt. Die EinwanderInnen sind als Teil unserer Gesellschaft nicht mehr wegzudenken.

Dreiklang von Qualifikation–Immigration–Integration

Aus Gründen von kulturell-gesellschaftlicher Dynamik, Bevölkerungsentwicklung und Arbeitsmarkt wird Einwanderung auch in Zukunft notwendig sein. Maßnahmen zur Integration, Qualifizierung und Sprachförderung sind sowohl für die schon lange hier lebenden MigrantInnen wie die neu Zuziehenden notwendig. Das Potenzial an Vielfalt und Internationalität, das diese Stadt in sich birgt, müssen wir zum Vorteil aller MünchnerInnen entwickeln.


Leitlinien für eine liberale und multikulturelle Großstadt

- Wir bekennen uns zu multikultureller Vielfalt statt zur monokulturellen Einfalt.
- Wir bekennen uns zu den humanitären Verpflichtungen einer reichen Stadt wie München, Flüchtlinge aufzunehmen und menschenwürdige Bedingungen für sie zu schaffen.
- Wir bekennen uns zum Prinzip der gleichen Würde und der gleichen Rechte aller Menschen und wehren uns gegen alle Tendenzen, MigrantInnen den Status von MünchnerInnen zweiter Klasse zuzuweisen.

Erfolge einer multikulturellen Integrationspolitik in München

DIE GRÜNEN haben in den letzten Jahren einiges erreicht, um Gleichberechtigung und Integration zu fördern:

- Auf ihre Initiative hin wurde die Stelle für *interkulturelle Zusammenarbeit* geschaffen, die erfolgreiche Projekte wie *Schule mal anders – Eltern lernen Deutsch* durchführt.
- Es wurde eine Stadtratskommission zur Integrationsförderung eingerichtet.
- Im Bereich städtischer Kindertagesstätten wurde ein Konzept interkultureller Pädagogik entwickelt, es wurden Erzieherinnen für interkulturelle Pädagogik eingestellt und an sechs Kindergärten wird ein Modellversuch mit mehrsprachiger Erziehung durchgeführt.
- Aufgrund einer beispielhaften Informationskampagne zur Einbürgerung hat in München eine im großstädtischen Vergleich herausragende Zahl von MünchnerInnen die deutsche Staatsbürgerschaft und damit die vollen politischen Rechte erlangt.
- Mit Hilfe des GRÜNEN Bürgermeisters wurde das *EineWeltHaus* in der Schwanthalerstraße als interkulturelles Begegnungszentrum geschaffen.
- Wir haben dafür gesorgt, dass *Refugio* – eine psychosoziale Beratungsstelle für Folteropfer – gestärkt wurde.
- Durch Gründung und Erhalt des *Flüchtlingsamts* konnte das hohe Niveau der Flüchtlingsbetreuung in städtischen Unterkünften aufrecht erhalten werden.
- Auf unsere Initiative hat die Stadt München eine Studie über die Situation der *Illegalen* in Auftrag gegeben.

 GRÜNE Ziele für eine multikulturelle Integrationspolitik:

- Wir fordern eine quantitative und qualitative Ausweitung von Integrations-, Qualifikations- und Sprachfördermaßnahmen (besonders für Frauen) sowie einen kommunalen Integrationskurs für Neuankömmlinge, der Informations- und Orientierungsangebote über Politik und Gesellschaft u.a. beinhaltet.
- Das Ausbildungsangebot für jugendliche Flüchtlinge wird von der Stadt weiterhin finanziell unterstützt. Die Anzahl der Klassen wird dem Bedarf entsprechend aufgestockt.
- Wir fordern eine unabhängige Anti-Rassismus- und Anti-Diskriminierungs-Stelle zur Dokumentation und Bekämpfung fremdenfeindlichen Verhaltens.
- Wir fordern die Stärkung der Interessenvertretung der Migrationsbevölkerung durch die Einrichtung eines Stadtratsausschusses für Migration und Integration unter Beteiligung des Ausländerbeirates
- Die Stadtverwaltung muss sich das Ziel geben, den Anteil an MigrantInnen unter ihren Beschäftigten zu erhöhen und dies in ihren Stellenausschreibungen sowie in ihrer Öffentlichkeitsarbeit artikulieren; Mehrsprachigkeit und interkulturelle Erfahrung müssen als Qualifikationsmerkmale anerkannt werden.
- Die Stadtverwaltung muss sich durch Fortbildungen und interkulturelles Qualitätsmanagement noch besser auf die Bedürfnisse der MigrantInnen einstellen und somit interkulturell öffnen.
- Das Selbsthilfepotenzial von MigrantInnen muss durch Förderung und Beteiligung von MigrantInnenorganisationen erschlossen werden.
- Wir wollen aufgrund der von uns initiierten Studie über *Illegale Wege* prüfen, auch diesen Personen Zugang vor allem zur medizinischen Versorgung und zum Bildungssystem zu ermöglichen – mit dem Ziel einer Legalisierungskampagne.
- Die Schulen müssen sich für die multikulturelle Wirklichkeit des Stadtteils öffnen und stärker mit MigrantInneneltern, interkulturellen Stadtteilinitiativen und MigrantInnenorganisationen zusammenarbeiten.

8. Rechtsextremismus

- Rechtsextremisten bekommen in München keinen Stiefel auf den Boden

Leider ist auch München keine neonazifreie Stadt: in München gab es und gibt es rechtsextremistische Gewalttaten und Straftaten. München ist – laut bayerischem Verfassungsschutzbericht – das Zentrum rechtsextremer Aktivitäten in Bayern. Jeder zweite bayerische Skinhead ist im Großraum München aktiv. Die Zahl der Skinheads hat im Laufe der letzten Jahre langsam, aber kontinuierlich zugenommen. Hinzu kommen rechtsextreme Vereinigungen und Parteien, die von München aus aktiv sind, wie z. B. die Bundeszentrale der DVU.

Doch München ist sicherlich eine Stadt, in der Rechtsextreme es schwer haben, einen Stiefel auf den Boden zu bekommen. Das hat viele Gründe. Entscheidend war und ist, dass es gelungen ist, in München ein Klima der Toleranz zu schaffen, in welchem rechtsextremistische Aktivitäten deutlich und öffentlich abgelehnt werden.

DIE GRÜNEN haben einen gewichtigen Anteil daran, dass politische rechtsextremistische Aktivitäten in München wiederholt verhindert werden konnten.

DIE GRÜNEN haben in den Jahren von 1996 – 2002 u. a. dafür gesorgt, dass

- ein regelmäßiger Bericht über die rechtsextremen Aktivitäten in München erstellt wird;
- die bundesweite Demonstration von Neonazis am 1. 3. 1997 vor dem Marienplatz gestoppt werden konnte;
- eine weitere Reihe von Veranstaltungen von Neonazis nicht oder nicht wie geplant stattfinden konnte;
- die Strukturen von Neonazis in München aufgedeckt und bekannt wurden;
- in Schulen – im Rahmen der kommunalen Einflussmöglichkeiten – das Thema Rassismus und Rechtsextremismus mehr Gewicht erhielt: Im Pädagogischen Institut wurde die Stelle *Erziehung gegen Rassismus* personell und finanziell ausgebaut;
- nach dem brutalen Skinheadüberfall auf einen Griechen im Januar 2001 erfolgreich die *Aktion Noteingang* ins Leben gerufen wurde.

Wichtig ist uns immer gewesen und wird es auch in Zukunft sein, auf die Ursachen für das Entstehen rechtsextremen Gedankenguts und rechtsextremer Gewalt hinzuweisen. Die beste Politik gegen das Entstehen von Rechtsextremismus ist nach wie vor eine funktionierende Sozialpolitik.

Wir haben auch immer deutlich gemacht, dass rechtsextreme Gewalt zwar am Rand der Gesellschaft ausgeübt wird, aber in der Mitte der Gesellschaft entsteht. Wer Rechtsextremismus bekämpfen will, muss auch die geistigen Brandstifter bekämpfen.

GRÜNE treten in der Wahlperiode 2002 – 2008 auch weiterhin dafür ein, dass

- Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus in München keine Chance bekommen;
- gegen die gesellschaftlichen Ursachen von Rechtsextremismus – Armut, Vorurteile, Ausgrenzung etc. – angegangen wird;
- das Ziel einer toleranten und multikulturellen Stadtgesellschaft weiter verfolgt wird;
- weiterhin deutlich wird, dass es auch innerhalb demokratischer Parteien rechtsextremistische Inhalte gibt; diese werden wir auch dort nicht tolerieren;
- den Opfern und Helfern rechtsextremer Übergriffe schnell und unbürokratisch geholfen wird.

Gegen Vergessen – für Erinnerung

Rechtsextremismus entsteht auch und wird begünstigt durch Vergessen und Leugnen der Verbrechen des Nationalsozialismus sowie durch oberflächliche und ungenügende Vermittlung. Gerade München hat hier als ehemalige Hauptstadt der Bewegung eine besondere Verpflichtung. Doch bisher gibt es kaum angemessene Orte der Erinnerung. Wenn, dann sind diese oft schwer auffindbar, unzureichend gestaltet oder in einem unwürdigen Zustand, wie z. B. der Platz der Opfer des Nationalsozialismus. Aus diesem Grund hat die GRÜNE Fraktion im September 2000 einen ausführlichen Antrag eingereicht.

DIE GRÜNEN fordern

- würdige öffentliche Erinnerungszeichen und Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in München auch an zentralen Orten der Stadt zu errichten;
- angemessene Formen der öffentlich sichtbaren Erinnerung an den Täterorten in der ehemaligen Hauptstadt der Bewegung zu finden und zu verwirklichen – auch und vor allem im ehemaligen NSDAP-Parteierviertel, am Alten Rathaus und am Königsplatz (zur Bücherverbrennung); angemessene Formen könnten z.B. öffentlich sichtbare Hinweistafeln in Augenhöhe an „arisieren“, also geraubten Objekten sein;
- ein Dokumentationszentrum am Königsplatz (in den ehemaligen Parteibauten) zu gründen;
- dort auch ein benutzbares Dokumentations- und Forschungsarchiv *10. Mai 1933 – deutsche Literatur auf dem Scheiterhaufen* einzurichten.

Um diese Ziele zu erreichen, hat die Fraktion eine weit reichende Zusammenarbeit mit vielen in der Erinnerungsarbeit an den Nationalsozialismus tätigen Gruppen und Vereinen aufgenommen. Unsere erklärte Absicht ist es dabei, eine vielschichtige, öffentliche Diskussion dazu in Gang zu setzen. Wir werden die oben genannten Ziele mit allem Nachdruck verfolgen.

9. München in der *Einen Welt* – globale Zusammenhänge erkennen

Kommunale Eine-Welt-Politik beginnt vor der eigenen Haustür. Es gilt, die Wahrnehmung für die Zusammenhänge zwischen dem Handeln und Leben hier und der Situation in der so genannten Dritten Welt zu schärfen, Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen und den politischen Prozess mit seinen Auswirkungen zu überprüfen. Eine-Welt-Politik ist eine **Querschnittsaufgabe**, die mit den unterschiedlichsten Politikfeldern eng verwoben ist.

DIE GRÜNEN wollen

- mit einem *Eine-Welt-Beirat* sicherstellen, dass die komplexe Themenstellung in München adäquat behandelt wird. Der Beirat soll die politische Ebenen der Stadt beraten, politische Entscheidungen bewerten, eigene Vorstellungen artikulieren und sie in den politischen Prozess einbringen. Der Beirat ist besetzt mit VertreterInnen aus unterschiedlichsten Bereichen – wie den Nord-Süd-Gruppen, dem Ausländerbeirat, Stadtratsmitgliedern, den Gewerkschaften, den Universitäten;

- den mittlerweile bewährten *entwicklungspolitischen Ratschlag* fortführen. Wir sehen in ihm vor allem ein Forum des Dialogs und Austauschs zwischen der Stadtspitze, den MitarbeiterInnen der städtischen Referate, dem zukünftigen Eine-Welt-Beirat, dem *EineWeltHaus* und den Eine-Welt-Gruppen.

Mit der Eröffnung des *EineWeltHauses* ist 2001 ein von den GRÜNEN lang gefordertes Projekt umgesetzt worden. Es ist nicht nur eine kulturelle Begegnungsstätte, sondern es übernimmt wertvolle soziale, entwicklungs- und integrationspolitische Aufgaben. Wir begrüßen seinen offenen Charakter sehr und fördern seine jetzigen und seine zukünftigen Projekte.

☞ DIE GRÜNEN fordern, um die Weiterentwicklung des Hauses sicherzustellen:

- eine deutliche personelle Aufstockung;
- eine ausreichende Finanzierung der Projekte, Beratungen und Veranstaltungen des *EineWeltHauses* und seiner Mitgliedsgruppen. Nicht nur das *EineWeltHaus* selbst, sondern auch die Förderung des Zusammenschlusses der entwicklungspolitischen Gruppen, das Nord-Süd-Forum, muss den Erfordernissen des Betriebs des *EineWeltHauses* angepasst werden. Das Nord-Süd-Forum benötigt ein eigenes Budget als Aktionsetat.

1999 hat die Stadt München den *Europäischen Preis zukunftsfähige Stadt* verliehen bekommen. Grund: Die „für eine Großstadt beispielhafte“ Durchführung der lokalen Agenda 21. Die Auszeichnung ist nicht zuletzt auf die Eine-Welt-Politik in der Münchner Agenda 21 zurückzuführen. Diesen Schwerpunkt wollen wir im Agendaprozess beibehalten. Über die Fachstelle *Agendakoordination Eine Welt* wollen wir:

- vor allem den Handel mit Produkten aus fairer und umweltfreundlicher Produktion ausbauen;
- die Fair-Wertung der Altkleider sichern;
- Exporte in die so genannte Dritte Welt kritisch überprüfen;
- das Klimabündnis mit den Völkern Amazoniens fortführen.

Eine-Welt-Politik muss fester Bestandteil der Bildungs- und Schulpolitik werden. Dazu sollen SchülerInnen, StudentInnen und Zivildienstleistende an dieses Politikfeld herangeführt werden.

☞ DIE GRÜNEN fordern dazu

- den Ausbau der Einen-Welt-Stelle im Pädagogischen Institut;
- Unterrichtselemente für Schulen zum Thema *globales Lernen*;
- Praktikumsstellen für StudentInnen mit Entgelt nach den städtischen Richtlinien im Nord-Süd-Forum und im *EineWeltHaus*
- Zivildienststellen in den beiden Einrichtungen.

Die **Städtepartnerschaft mit Harare** ist mittlerweile ein fester Bestandteil der Münchner Stadtpolitik. DIE GRÜNEN setzten sich für weitere Partnerschaften mit Städten in der so genannten Dritten Welt und in Osteuropa ein.

Erstes Ziel muss es sein, die Partnerschaft mit Harare so auszugestalten, dass die Demokratiebewegung unterstützt wird und die offiziellen staatlichen Organe keine Hilfe erhalten. Daher fordern wir, dass in Harare endlich Kommunalwahlen zugelassen werden. Um die Demokratisierung in Harare voranzutreiben, werden wir:

- sämtliche offiziellen Kontakte mit der nicht demokratisch legitimierten Stadtspitze weiterhin vermeiden;
- die Opposition und die bürgerschaftliche Ebene dort unterstützen;
- die Fachkompetenz hier stärken, um in Harare die Demokratisierung voranzutreiben.

Die Förderung der Demokratie und die Forderung nach Wahrung der Menschenrechte in allen jetzigen und zukünftigen Städtepartnerschaften ist selbstverständlich. Dies gilt also auch für die Städtepartnerschaft Cincinnati. Die US-Bürgerrechtsorganisation ACLU beklagt Brutalität der Polizei und Vorurteile der Justiz gegenüber der schwarzen Bevölkerung (das ist knapp die Hälfte der Einwohner).

Wie bisher werden DIE GRÜNEN **Katastrophenhilfe** für Kommunen in der 3. Welt einfordern. So haben wir u.a. durchgesetzt, dass die Landeshauptstadt München für Nicaragua und El Salvador nach dem verheerenden Hurrican Mitch 1998 und nach den Erdbeben im Jahr 2001 gestiftet hat.